

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 9,50 Zl., monatlich 3,25 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 3 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 10,00 Zl., monatlich 3,36 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 5 Zl., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonnenzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Groschen, Danzig 20 bis 100 Zl. Bei Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Plagiaten und Nachahmung des Textes 50%, Aufschlag. — Abbildung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Polische Adressen: Bosen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 49.

Bromberg, Dienstag den 2. März 1926.

33. (50.) Jahrg.

England und der polnische Ratsfisch.

Der Aufmarsch der Parteien für den Kampf um die künftigen Siege des Völkerbundes entwickelt sich weiter. In Schweden und Norwegen, die von einer Erweiterung des künftigen Rates mit Ausnahme Deutschlands nichts wissen wollen, ist nunmehr auch Holland getreten. Bereits in der vorigen Woche verlangte, daß auch Japan gegen eine derartige Vergrößerung sei und es besteht Grund zu der Annahme, daß Finnland sich dem schwedischen Standpunkte anschließt. Auf der anderen Seite der Kampffront stehen, wie nach Meldungen aus Rom anzunehmen ist, außer Frankreich und Polen noch Italien und Südamerika. In der Zwischenzeit haben die polnischen Ansprüche die Folge gehabt, daß beinahe täglich neue Ansprüche auf künftige Ratsitze laut werden. Gekümmert war es China, was derartige Forderungen geltend gemacht haben soll, und heute, der Rothermeer-Presse zufolge, verlangt sogar Persien in die Reihe der Großmächte aufgenommen zu werden. Zwischen den streitenden Parteien steht England, das, wenn nicht Chamberlain die Einigkeit zerstört hätte, ein Bild vollkommener Geschlossenheit zeigen würde, denn es besteht nicht der geringste Zweifel, daß das ganze Land ohne Unterschied der Parteien mit einer Einmütigkeit gegen eine unfaire Behandlung Deutschlands ist, die man in London seit Jahren noch nicht erlebt. So besteht auch die Delegation, die der parlamentarische Völkerbundsaußenminister Baldwin entsandt hatte, aus den Vertretern aller drei Parteien. Es ist verständlich, daß Baldwin die Delegation keine bestimmte Forderung geben konnte, doch hat er ihr versprochen, in dieser Woche eine Erklärung abzugeben. Auf jeden Fall wird das Parlament sich eingehend mit der Ratsfrage beschäftigen. Ob die bei dieser Gelegenheit an die Regierung zu richtenden Fragen zu einer großen Debatte führen werden und der Tag, an dem diese Debatte stattfinden wird, steht noch nicht fest. Was die Haltung des englischen Kabinetts betrifft, so muß sogar die französisch-englische Rothermeer-Presse zugeben, daß Chamberlains Auffassung nicht ganz von seinen Kollegen geteilt wurden. Aus der gleichen Quelle verläutet, man könne zuverlässig erwarten, daß das Kabinett werde Chamberlain die Instruktion mitgeben, die deutschen Wünsche in vollem Umfange in Erwägung zu ziehen, da sonst das Werk von Locarno wieder vernichtet werden könne. Chamberlain selbst wird heute nachmittag in der Versammlung des parlamentarischen Völkerbundsaußenministers erscheinen, die ihm voraussichtlich noch etwas reinen Wein über die Stimmung des Landes einflößen wird. Von großer Bedeutung ist, daß Lord Grey, der in Fragen der äußeren Politik die größte Autorität besitzt, noch niemals seine Stimme erhoben hat.

Wenn die französische Presse ihre Leser glauben machen möchte, daß nur gewisse „deutschfreundliche“, englische Kreise gegen Polens Wünsche seien, so befindet sie sich in einem schweren Irrtum. Den Beweis hierfür kann man heute im Leitartikel der „Times“ finden, die hierin mehr als je als der wahre Ausdruck der Empfindung des englischen Volkes betrachtet werden kann. Ganz lateinisch beginnt das Blatt damit, daß nicht der geringste Zweifel über die Haltung der öffentlichen Meinung zur Ratsfrage bestehen könne. Ganz offensichtlich habe ein Gefühl des Mißbehagens durch das Land, und das Erkenntnis hierbei sei, daß hier einmal und gerade zum ersten Male in diesen schwierigen Jahren die englische öffentliche Meinung eine und unabweisbar deutlich sei. Dann heißt es weiter: „Die Art und Weise, wie die Ratsfrage aufgeworfen wurde, hat eine ernste und sehr entschlossene Kundgebung der tiefsten Instinkte des englischen Volkes ausgelöst. Die Behauptung, daß nicht zu weit das Land, das unter dem Einfluß von Locarno begann, sich mit größerer Zuversicht auf seine moralischen Instinkte zu verlassen, durch diesen unerwarteten Vorschlag, eine Gelegenheit, die ein leuchtendes Symbol der europäischen Ordnung werden sollte, zu einem gewöhnlichen diplomatischen Handelsgeschäft zu erniedrigen, auf das entscheidende vor den Kopf gestoßen wurde.“

Der Einwurf, den man gegen diese Vorschläge machen könnte, ist, daß sie unerwartet und ohne vorherige Warnung Deutschlands vorgebracht wurden. Dadurch wurde der Anstoß erweckt, als ob sie gegen Deutschland gerichtet seien, und das gerade in einem Augenblick, in dem man endlich Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund gewonnen hatte. Die weitere Folge hiervon ist, daß die englische öffentliche Meinung sich endgültig auf die eine Seite, und die französische öffentliche Meinung genau auf die entgegengesetzte Seite gestellt hat. Durch diese höchst unglückliche Methode wird nicht nur ein ernstes Mißverständnis zwischen England und Frankreich geschaffen, die seit Monaten als Vorkämpfer einer neuen und besseren Ordnung der europäischen Dinge berufen zu sein scheinen, sondern eine erregte Rivalität ist wegen einer rein technischen Angelegenheit bei der Zusammenkunft des Völkerbundes entstanden.

Der einzige Ausweg, der jetzt noch übrig bleibt, ist, Deutschland im März in den Völkerbund und in den künftigen Rat aufzunehmen, und die Erörterung der Frage, ob der Rat noch weiterhin zu vergrößern sei, auf die gewöhnliche Völkerbundsversammlung im September zu verschieben. Jetzt auf eine Entscheidung zu drängen, bedeutet eine mit der Würde des Völkerbundes unvereinbare Nervosität. Gewiß läßt sich allerhand für die dauernde Aufnahme dieses oder jenes Mitglieds in den Rat anführen, weshalb es nötig ist, diese Ansprüche fair zu prüfen, und vor allem sich Zeit zur Prüfung zu lassen. Es ist nicht nötig, wie Lord Grey anführte, die englische Delegation mit zehntausenden Sünden nach Genf fahren zu lassen. Moralisch aber kann diese Delegation die bemerkenswert entschlossene und einmütige Haltung der englischen öffentlichen Meinung nicht übersehen, die größeres Gewicht als persönliche Ansichten oder selbst provisorische Verpflichtungen eines englischen Regierungsmitglieds besitzt.

Nach dieser Warnung, die an Deutschland nichts zu wünschen übrig läßt, wendet sich das Blatt gegen den jetzt

lehaft erörterten Kompromißvorschlag, der darauf hinausläuft, Spanien gleichzeitig mit Deutschland zum künftigen Ratsmitglied zu machen.

Polens Vermittler.

Diamond, Czaplinski, Niedzialkowski und General-Superintendent Burzke.

Warschau, 1. März. Die polnischen Blätter melden, daß zwei hervorragende Mitglieder des Sejmflusses der PPS, Diamond und Czaplinski, eine Auslandsreise angetreten hätten. Der erste soll sich nach Berlin und London begeben, der andere sich dem Ausfluß der polnischen Parlamentarier nach Estland angeschlossen haben. Beide haben es sich zur Aufgabe gemacht sich mit den sozialistischen Politikern des Auslandes in Verbindung zu setzen, um Polen einen künftigen Sitz im Völkerbundrat zu sichern. Diese Reise findet im Einverständnis mit der polnischen Regierung statt. Der Abg. Czaplinski begibt sich von Estland nach Skandinavien und wird Finnland, Schweden und schließlich Dänemark aufsuchen. Nach einer weiteren Meldung ist auch der Abg. Niedzialkowski nach Brüssel und Paris abgereist.

Der Generalsuperintendent der Auasburgischen Kirche in Warschau Burzke, richtete, wie die Polnische Telegraphenagentur mitteilt, ein Schreiben an den Erzbischof von Upsala mit der Bitte, seinen Einfluß auf die schwedische öffentliche Meinung dahingehend auszuüben, daß Polen ein künftiger Sitz im Völkerbundrat zuerkannt wird. Begründet wird dieser Appell mit der gemeinsamen Friedensliebe und dem Wunsche, die Lösung eines allgemeinen Verbandes zur Annäherung der Kirchen zu realisieren, die auf dem im vergangenen Jahre in Stockholm stattgefundenen Kirchenkongreß proklamiert wurde.

Einsichtsvolle Worte des Abg. Diamond.

Warschau, 28. Februar. Im „Robotnik“ veröffentlicht der Abg. Diamond einen Artikel im Zusammenhang mit dem Kampf Polens um einen Sitz im Völkerbundrat, in dem er darauf hinweist, daß Polen keine Sympathie in der zivilisierten Welt habe und umbelehrt sei, hauptsächlich deswegen, weil es seine Minderheiten sehr schlecht behandelt. Polen sei mehr als jedes Land von der Sympathie der anderen Länder abhängig. Um diese zu erreichen, müßte Polen in erster Linie die Minderheitenfrage bei sich regeln. Deutschland habe vor seinem Eintritt in den Völkerbund die Minderheitenfrage mit Schleswig-Holstein zugunsten der dänischen Minderheit gelöst. Dagegen führe Polen eine chauvinistische Politik, die nicht nur dem Lande selbst, sondern auch der ganzen Welt Schaden bringe.

Auflösung des Sejm im Juli?

Warschau, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Oberste Parteirat der liberalen Bauernpartei „Piast“ hielt unter dem Vorsitz des Abgeordneten Witos eine vertrauliche Sitzung ab, in welcher man sich mit der Frage der Sejmauflösung und der Festsetzung des Termins der Neuwahlen beschäftigte. Es verläutet, daß die Piasten den Antrag auf Auflösung des Sejm im Monat Juli einbringen wollen. Die Neuwahlen sollen dann im Monat November stattfinden. Vorher jedoch will die Piastpartei die Wahlordnung ändern. Es sollen in den einzelnen Wahlkreisen, mit Ausnahme der Stimmbezirke, die Mandate vermindert werden. In den Stimmbezirken soll dieselbe Mandatszahl wie bei den letzten Wahlen beibehalten werden, und zwar mit Rücksicht auf die dortige polnische Minderheit. Die Abgeordnetenzahl soll bedeutend vermindert werden. Man spricht von 250 Abgeordneten. Die Piasten sind überzeugt, daß ihr Antrag eine Mehrheit erlangen wird. Sie rechnen auf die Unterstützung von Seiten der Linksparteien und der Nationalen Minderheiten. Die Wahlordnung wollen sie jedoch mit Hilfe der Rechten ändern.

Deutsche Abgeordnete beim Innenminister Raczewicz.

Stellungnahme der Deutschen Fraktion zu den Vorgängen in Oberschlesien.

Die Deutsche Fraktion im Warschauer Sejm beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 25. Februar mit den Vorgängen in Oberschlesien. Es wurde einstimmig festgestellt, daß die gegen den Deutschen Volksbund in Oberschlesien ergriffenen Maßnahmen, die zur Verhaftung einer Anzahl polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität geführt haben, den Anstoß zu einer

wüsten Geharbeit,

zunächst der polnischen Presse, weiterhin aber auch der polnischen Organisationen des Westmarkenvereins und des Aufständischen Verbandes gegeben haben.

Die Fraktion beschloß in der Sitzung des Sejm vom 25. Februar, eine diesbezügliche Interpellation an den Ministerpräsidenten und die zuständigen Minister zu richten, in der die Folge der Geharbeit an Beispielen vorgestellt und Maßnahmen zum Schutze der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität in Oberschlesien dringend gefordert werden sollen. Diese Interpellation wurde eingebracht.

Weiterhin wurde beschlossen, eine Deputation bestehend aus den schlesischen Abgeordneten und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Domherrn Linke — der Vorsitzende der Fraktion, Abg. Raumann weilte zurzeit

an Kurzweilen im Ausland — zum Innenminister zu entsenden, um diesem persönlich die ungeklärten und unhaltbaren Zustände in Oberschlesien zu schildern und umgehende Abhilfe zu fordern.

Diesem Beschlusse entsprechend, begab sich die genannte Deputation am Freitag nachmittag zum Innenminister und stellte ihm die Vorfälle vor Augen, die als Folge einer gehobenen Geharbeit antraten und die Deutschen in Oberschlesien

an Gesundheit und Leben bedrohen.

Die Abgeordneten belegten ihre Ausführungen durch Beispiele, in denen gezeigt wurde, daß ruhige obereschlesische Deutsche überfallen und schwer mißhandelt wurden, nur weil sie sich ihrer Muttersprache bedienten. Insbesondere wurde auf die Gehartikel in den polnischen Zeitungen, darunter ganz besonders auf den „Goniec Sileski“, die „Polska Jachodnia“ und den „Polak“ hingewiesen, die auch nach der Erklärung des Staatsanwaltes, daß die unternommene Aktion sich nicht gegen den Volksbund richtete, ihre verärgerte Tätigkeit gegen den Volksbund weiter fortsetzten.

Es wurde nicht unterlassen, das Bedauern darüber auszudrücken, daß in Oberschlesien scheinbar neben der offiziellen

eine Nebenregierung

besteht, und daß in einzelnen größeren Ortschaften eine Handvoll Aufständischer und Westmärker gegen die Bestimmungen der Versammlung regiert.

Der Innenminister Raczewicz gab wiederholt die Versicherung, daß er alles aufbieten werde, um in Oberschlesien wieder normale, gesetzliche Zustände einzuführen. Er teilte mit, daß er einen vollständigen Delegaten zur Feststellung des Tatbestandes nach Oberschlesien entsandt habe, der in einer am Sonnabend, 27. Februar, abgehaltenen Konferenz Bericht erstatten sollte. In dieser Konferenz sollten die Maßnahmen beschlossen werden, die erforderlich sind, um die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen und die Schulden zu bestrafen. Der Minister ersuchte die erschienenen Abgeordneten, auch ihrerseits zur Vernichtung beizutragen.

Der Minister brante, daß er unter keinen Umständen eine Nebenregierung dulden werde und forderte zum Schluß die Abgeordneten auf, alle Versagen gegen die Deutschen in Oberschlesien zur Kenntnis des Wojewoden zu bringen.

Aufruf des Deutschen Volksbundes.

Der in den letzten Tagen in der ganzen Welt bekannt gewordene „Deutsche Volksbund zur Wahrung der Minderheitenrechte in Polnisch-Schlesien“ erläßt folgenden Aufruf:

Deutsch!

Die polizeilichen Durchsuchungen in unseren Häusern sind beendet. Am 27. Februar 1926 werden die Gefängnisse in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Dem Ausgange der gerichtlichen Untersuchung sehen wir ruhig entgegen. Wir haben strafbare Handlungen weder beabsichtigt, noch angeht oder beabsichtigt.

Ein Teil der polnischen Presse hat zum Vernichtungskampfe gegen das Deutschtum aufgerufen. Wieder lobt die Rassel nationalen Hasses. Uns liegt das fern.

Das Deutschtum hat den ihm auferzwungenen Kampf nicht zu fürchten. In entschlossener Abwehr stehen wir Schulter an Schulter.

Unser Kampfziel ist die kulturelle Freiheit.

Unsere Kampfmittel sind unsere Rechte.

Unsere Kampfkraft ist die Liebe zu unserer Heimat und unsere Einigkeit.

Deutscher Volksbund für Polnisch-Schlesien.

Der Vorstand.

Ullrich.

Dr. Bilski bleibt!

In den letzten Tagen der vergangenen Woche wurden in Oberschlesien erneut Gerüchte laut, daß der schlesische Wojewode Dr. Bilski, gegen den der Westmarkenverein unmittelbar vor dem „großen Schlag“ gegen das Deutschtum in Oberschlesien eine persönliche (wenigstens nicht minder politische) Aktion verloren hatte, nun doch seine Abberufung aus dem Amte erhalten habe. Dasselbe Gerücht sollte den besonders beschäftigten Leiter der Schulabteilung der Wojewodschaft, Stach, zum 1. März ereilen. Als Nachfolger des Wojewoden wurde wiederum der Starost von Schwientochlowitz, Dr. Potyka, genannt, der bekanntlich das besondere Vertrauen des Westmarkenvereins genießt. Diese Nachrichten, die leider auch in die ausländische Presse übergingen, werden jetzt in Warschau von amtlicher Seite dementiert. Danach bleibt Dr. Bilski Wojewode von Schlesien.

Ein neuer Skandal.

Die Regierung zahlt für ungewissenhafte Endelen.

Warschau, 1. März. Seit längerer Zeit besteht in Warschau eine Organisation der Großgrundbesitzer Polens und Kongresspolens, die den Namen „Kooprolna“ führt. Diese „Kooprolna“ exportierte nach dem Auslande polnische Erbsen und Schmalz, wofür sie sich stets mit barem Geld bezahlen ließ, das sie in englischen Banken anlegte. Weiter bezog sie aus dem Auslande Kunstdünger und landwirtschaftliche Maschinen, blieb das Geld dafür aber schuldig. Alle Verpflichtungen der „Kooprolna“ waren durch polnische Staatsbanken garantiert.

Die Organisation lag in Händen der Nationaldemokraten, die großartige Subventionen an verschiedene Zeitungen ihrer Partei verteilten, welche ihrerseits die Tätigkeit der „Kooprolna“ unterstützte. Nun kam aber die Zeit,

wo die „Kooprolna“ ihren ausländischen Verpflichtungen in Höhe von einer Million englischer Pfund nachkommen sollte. Es stellte sich heraus, daß die „Kooprolna“ nicht in der Lage sei, jenes Geld aufzubringen. Der Staat mußte daher als Garant 800 000 englische Pfund zahlen, um den energisch mahnenden Gläubigern wenigstens vorläufig den Mund zu stopfen. Bemerkenswert ist es, daß die „Kooprolna“ bis vor einem Jahr ganz ohne staatliche Kontrolle gewirtschaftet hat. Als in ihr nun zwei staatliche Vertreter als Kontrolloren eingestellt wurden, ging die Wirtschaft — ebenso. Diese beiden Würdenträger beziehen ein großes Gehalt und haben zu allem ein Auge zugedrückt.

Das Mieterkuchengesetz im Sejm.

Warschau, 27. Februar. P.M. In der gestrigen Sitzung des Sejms erstattete Abg. Matasiewicz vom Katholischen Volksklub das Referat über die Novelle zum Mieterkuchengesetz. Hiernach enthält die Novelle Abänderungen zugunsten der Mieter, die infolge der gegenwärtig herrschenden schweren Wirtschaftsbedingungen die Miete in der gesetzlichen Höhe nicht zahlen können. Auf den Einwand der Hauseigentümer eingeleitet, daß die Novelle einen Anschlag auf die Konstitution bedeute, erinnerte der Referent an den Art. 99 der Konstitution, der es gestattet, von den Bürgern gewisse Opfer zu fordern, falls das öffentliche Wohl dies erfordert.

Abg. Puzat sucht den Nachweis zu führen, daß das bisherige Gesetz vollständig getrogen habe. Man müßte die weiteren Erhöhungen für sämtliche Wohnungen zurückstellen. Sollte der Sejm aber nicht so weit gehen, so müßte man von der Erhöhung der Wohnungen Abstand nehmen, die von der arbeitenden Klasse, sowohl der physischen als auch der geistigen, eingenommen werden. In diesem Sinne brachte der Klub des Redners gemeinsam mit der Nationalen Arbeiterpartei eine Reihe von Abänderungsvorschlägen ein. Die Gültigkeit dieser Novelle solle auch nicht auf den Termin bis zum 1. Januar beschränkt werden, da man heute nicht wissen könne, ob bis zu dieser Zeit eine Besserung der Wirtschaftsverhältnisse eintreffe. Die Erhöhungen müßten also für eine unbeschränkte Zeit zurückgestellt werden. Würden sich die Verhältnisse ändern, so sei der Sejm stets in der Lage, neue Bestimmungen zu beschließen. Endlich forderte der Redner, daß Ermittlungsurteile gegen Arbeitslose nicht vollstreckt werden dürfen.

Abg. Sommerstein (Züd. Klub) meinte, daß die Zurückstellung der Steigerung der Miete auf alle diejenigen ausgedehnt werden müßte, die von der Zahlung der staatlichen Einkommensteuer befreit sind. Das Privilegium der Einstellung der Ermittlungsurteile dürfe nicht nur auf die Arbeitslosen Anwendung finden. Die Gerichte müßten das Recht haben, Einblick in die Wirtschaftslage der Mieter zu gewinnen, die mit der Mietzahlung im Rückstand sind, und es müßten bedingte Ermittlungsurteile erlassen werden, die aufzuheben wären, falls der Beklagte im Laufe von sechs Monaten die Rückstände bezahlt.

Abg. Wazarski (Christliche Demokratie) stellt fest, daß nur der Schutz des Eigentums den Arbeiterklassen ein besseres Dasein sichern könnte. Der Redner trat für die Ablehnung der Novelle ein. — Abg. Giszat (P.M.) unterstützt den Abänderungsantrag, nach welchem die Miete die Höhe nicht überschreiten sollen, die am 1. Oktober v. J. galten und zum mindesten, daß sich dies auf Ein- und Zweizimmerwohnungen beziehen solle. — Abg. Kronig fordert im Namen der Deutschen Sozialistischen Partei eine Änderung des Gesetzes dahingehend, daß die von den Mietern zu tragenden Lasten verringert werden. — Abg. Wójcisz (Kommunist) spricht sich für die unbedingte Zurückstellung aller Mieterhöhungen für Arbeitslose bis zur Dauer des Arbeitsmangels aus. — Abg. Kłoszewski (Chr. Demokrat) unterstützt einen Antrag, daß die Wohlfahrt des Gesetzes nicht den Mietern zu Gute kommen sollen, die gegen Entschädigung Teile ihrer Wohnung an Untervermieter abgeben. — Abg. Dobrzanski (Nat. Volksverband) sieht in der Novelle eine Vergewaltigung der Konstitution, eine Vergewaltigung der Ständigkeit unserer Rechtsverhältnisse, eine Vergewaltigung unseres Auslandskredits und einen Schaden für den Staatsschatz. Die Anwesenheit müßte durch eine Staatshilfe in einer anderen Form erledigt werden, wie z. B. durch Erleichterungen und Einrückung der Zwangsversteigerungen für diejenigen, die ermittelt werden sollen. Der Klub des Redners werde gegen die Novelle stimmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ergrißen noch mehrere Redner das Wort, die verschiedene Abänderungsanträge einbrachten. Die Diskussion, die nicht beendet wurde, wurde bis zur nächsten Sitzung, die am Dienstag, den 2. März, nachmittags 4 Uhr, beginnt, vertagt.

Kritik.

Weitere polnische Pressestimmen zur Skrzynski-Rede.

Der „Kurjer Polski“, auf den in letzter Zeit der frühere Kriegsminister, General Sikorski, einen großen Einfluß ausübt, meint: Polen ist noch ein sehr junger Staat. Die Firma ist noch frisch, neu und wenig bekannt. Wir selbst haben keinen großen Mut und glauben nicht an unsere Kräfte und an unsere Bedeutung. Das Ausland kennt uns fast gar nicht. Aber jedes offizielle Auftreten des Leiters unserer Außenpolitik ist ein Schritt weiter auf dem Wege zum Ziele, damit sich Europa endlich dessen bewußt wird, was wir sind. An einer anderen Stelle sagt das Blatt, daß es sich für Skrzynski hauptsächlich darum gehandelt habe, für Polen Vertrauen zu gewinnen. Es nennt Skrzynskis Rede eine schöne Geste. Ob Skrzynskis schöne Geste für Polen erlösend wirken wird, werde die nächste Zukunft lehren.

Der demokratische „Nowy Kurjer Polski“, welcher dem Außenminister nahesteht, ist der Ansicht, daß die Rede Skrzynskis geeignet sei, das für die Diskussion über die Umbildung des Völkerbundes geeignete Bett zu schaffen, und hofft, daß die Rede auch im Inlande, wo es einer Regelung der Ufer und der Richtungen bedarf, Anklang finden wird.

Der jüdische „Nasz Przegląd“ polemisiert mit der polnischen Presse, die gedroht hatte, daß Polen aus dem Völkerbund austreten würde, wenn es seinen ständigen Sitz im Völkerbund zugewiesen erhielte und schreibt: Deutschland zieht in den Völkerbund ein zur Harmonisierung der deutschen Politik mit den Grundlagen der Völkerbundpolitik. Als eine Macht von unkreißbarer großer Bedeutung im internationalen Leben erhält Deutschland auch einen ständigen Sitz im Rat. Andere Staaten verlangen für sich ebenfalls einen Sitz, doch motivieren sie ihre Forderung mit der Notwendigkeit, Deutschland entgegenzutreten, wodurch sie nur gegen sich selbst arbeiten, denn sie kündigen für den Fall ihres Eintritts den Kampf, nicht aber die Mitarbeit an.

Deutscher Volkstrauertag.

Der gestrige zweite Sonntag in der Fastenzeit, der den Namen „Reminiscere!“ — das ist verdeutsch: „Denke daran!“ trägt, ist im Deutschen Reich der Erinnerung an die Toten des Weltkrieges gewidmet. Der Reichspräsident und die Reichsregierung hatten zu diesem Gedanktag nachstehende Rundgebung erlassen:

„In stiller Trauer gedenkt das deutsche Volk am heutigen Tage seiner Brüder, die in dem größten aller

Kriege ihr Leben gaben für die Verteidigung der Heimat.

Für uns sind sie in den Tod gegangen. An den Gräbern unserer Gefallenen, die sich für uns alle opfereten, soll die Zwietracht schweigen. Mahnend steht vor uns das deutsche Leid, das heilige Opfer der im Kriege Gebliebenen, die starben, damit Deutschland lebe.

Aus dem Leid wächst immer das deutsche Volkes höchste Kraft. Wenn heute die Flaggen halbmacht wehen, wenn große Scharen sich zu würdigen Gedächtnisfeiern still vereinen, soll der Entschluß in uns sich festigen, im Glauben an Deutschland das Wort zu verwirklichen:

„Nimmer wird das Reich zerstört,
Wenn Ihr einig seid und treu!“
Berlin, den 28. Februar 1926.
Der Reichspräsident. Die Reichsregierung.
v. Hindenburg. Dr. Luther.

Winzeraufbruch an der Mosel.

Die deutschen Winzer fühlen sich von ihrer Regierung schwer benachteiligt. Vor allem durch den deutsch-spanischen Handelsvertrag, der Weinhandel und -produktion an Rhein, Pfalz und Mosel aufs schwerste bedroht. Zwar wurde dieser Vertrag nach dem türkischen Einbruch der Winzer unmittelbar nach seiner Ratifizierung gekündigt, aber bis diese Kündigung in diesen Tagen wirksam wird, vergehen vertragsmäßig drei Monate, und nach der Meinung der Winzer genügt ein Vierteljahr, um die Weinfelder im deutschen Lande auf Jahre hinaus mit billigen spanischen Weinen einzudecken.

Da angesichts dieser Umstände eine besonders große Notlage des Weinbaues und des Weinhandels nicht mehr zu bestreiten war, forderte die Industrie- und Handelskammer Koblenz von der Reichsregierung die restlose und bedingungslose Aufhebung der Weinsteuern. Während über dieses Projekt noch beraten wurde, gingen die örtlichen Behörden daran, die mit ihren Steuern im Rückstand gebliebenen Winzer zu pfänden. Ein wenig angebrachtes Verfahren, das die Erbitterung der betroffenen Bevölkerung auf den Siedepunkt brachte. Besonders an der Mosel ballte sich ein Gewitter zusammen, das am Donnerstag der vergangenen Woche zur Entladung kam.

Für den Nachmittag des 25. Februar war in Bernkastel eine Winzerversammlung der Zentrumspartei angesetzt, in der u. a. die Reichstagsabgeordneten Kaas und von Guérard sprechen sollten. Schon vor Beginn der Versammlung strömten Hunderte von Winzern aus den umliegenden Dörfern in Bernkastel zusammen, und schließlich hatten sich 1500 bis 2000 Personen versammelt, die aus einem bisher noch nicht aufgetretenen Anlaß unter Vorantragen einer schwarzen Fahne (wahrscheinlich in Erinnerung an Florian Geyer als gleichfarbige Standard!) und unter Mitführung von zehrenden, auf die Not der Winzer bezugnehmenden Schildern vor das Finanzamt zogen.

Dort wurden sämtliche Fenster mit Steinen eingeworfen und ehe noch die drei herangezogenen Landräger etwas ausrichten konnten, kürzte die Menge das Finanzamt, mißhandelte die sich entgegenschlagenden Finanzbeamten, warf sämtliche in dem Zimmer befindlichen Gegenstände und alle Akten auf die Straße, wo sie aufgestapelt und angezündet wurden. Der Anzug dann zur Finanzkasse, die gleichfalls zerstört wurde. Auch hier wurden alle in der Kasse befindlichen Gegenstände, darunter auch der Geldschrank, auf die Straße gestürzt und alles Brennbare verbrannt. Weiter ging der Zug auf die andere Moselseite zu dem dort liegenden Zollamt, wo sich das gleiche wiederholte.

Glücklicherweise wurden die in dem Gebäude aufbewahrten wertvollen Aufwertungsakten nicht mitverbrannt, sondern nur auf die Straße geworfen. Die drei Landräger und drei Stadtpolizisten in Bernkastel waren natürlich gegenüber der Menschenmasse, die sich an den Ausschreitungen beteiligte — es waren weit über 1000 meist jugendliche Winzer —, machtlos. Von den beiden mißhandelten Finanzbeamten wurde einer die Treppe hinabgeworfen und trug einige Verletzungen davon. Von Trier aus wurden ungefähr 30 Polizisten nach Bernkastel zur Verstärkung herangezogen.

Die von der Zentrumspartei angelegte Versammlung wurde nach den Ausschreitungen mit halbtägiger Verspätung doch noch abgehalten. An ihr nahmen ungefähr 4000—5000 Winzer teil. Die Abgeordneten verurteilten die Ausschreitungen in scharfen Worten. Doch erhielten aus der Versammlung heftige Gegenrufe. Als der Abgeordnete von Guérard sagte, das, was geschehen sei, sei Landfriedensbruch, der mit Ruchhaus bestraft werde, wurde ihm zugerufen: „Laßt sie nur mit Ruchhaus kommen!“ Es gelang den Abgeordneten schließlich, die Gemüter zu beruhigen.

Während zur Zeit der Unruhen selbst niemand verhaftet werden konnte, sind am Freitag vormittag bereits 14 Personen in Haft genommen worden.

Eine aus Bernkastel vorliegende Meldung besagt, daß auf eine Vorstellung des Landrats von Bernkastel, die in Ausführung eines Kreisratsbeschlusses erfolgte, vom Landwirtschaftsminister die telegraphische Nachricht eintraf, daß die Ausschüttung von Real- und Personalkrediten für die Winzer unmittelbar bevorstehe. Die Kredite sollen durch eine besondere Weinbank als Vermittlungsstelle der Rentenbank-Kreditanstalt zur Verteilung gelangen.

Serbien und die Kriegsschuld.

Aus Angreifern werden Verteidiger.

Bei der Budgetberatung in der Belgrader Skupština berührte der Abgeordnete der serbischen Bauernpartei und frühere serbische Gesandte in Wien, Jozaiomanowitsch, die Frage der Kriegsschuld und sagte, in den letzten zwei Jahren werde im Ausland die Auflage erhoben, Serbien habe 1914 von dem Attentat in Serajevo vorher gewußt und das Attentat nicht verhindert. In Amerika, England und selbst in Frankreich gäbe es Stimmen, die an die Kriegsschuld Serbiens glaubten. Wiederholt sei Pašitsch aus dem Inland und dem Ausland aufgefordert worden, die Kriegsschuld Serbiens zu dementieren, aber bisher ohne Erfolg. Er richte daher einen ersten Appell an Pašitsch, endlich im Interesse Serbiens das Wort in dieser wichtigen Angelegenheit zu erheben, sonst sehe es aus, als hätte Serbien die deutschen Taten in der Kriegsschuldfrage.

Jugoslawien und Italien.

Herr Ninkitsch, der begabte Außenminister des S. S. Staates, der gegenwärtig eifrig bemüht ist, das Präsidium für die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes am 8. März zu erhalten, hat auf der Reise von Belgrad nach Genf in Rom Station gemacht, wo er mit Mussolini über den Ausgleich verschiedener Streitfragen zwischen Jugoslawien und Italien verhandelt. Wie das bei solchen Gelegenheiten üblich ist, werden über diese

Untersuchungen, die etwaigen Temperamentsausbrüchen des Duce vorbeugen sollen, sehr harmonisch klingende Berichte in die Welt geschickt. Die Belgrader Presse, in der seit der klugen Erwiderung Stresemanns auf die Mussolini-Rede über Südtirol ein auffallender Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands erkennbar wird, denkt wesentlich skeptischer über die römische Freundschaft. Übereinstimmend wird Ninkitsch davor gewarnt, sich in der überreichen Anschlagfrage irgendwie festzulegen. Für Serbien bedeute die Anschlagfrage kein Gefährdungsproblem, sie sei überdies nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kaum noch aufzuhalten und die serbische Außenpolitik habe hundert von näher liegenden und bedrückenden Steinen des Anstoßes aus dem Wege zu räumen, das es nicht geraten erscheine, sich an Donau und Sprea neue Feinde zu schaffen.

Das „Agramer Tageblatt“, ein in deutscher Sprache gedrucktes Regierungsblatt für Kroatien, bringt eine anscheinend von der Belgrader Regierung beeinflusste Stellungnahme zu den Verhandlungen des jugoslawischen Außenministers Ninkitsch mit Mussolini, die in politischen Kreisen außerordentliches Aufsehen erregt und als eine Ablehnung der Anregungen Mussolinis gedeutet wird.

Das Blatt sagt,

das Kardinalproblem Europas heiße: Deutschland.

Es sei eine der wichtigsten Aufgaben der jugoslawischen Außenpolitik, Deutschlands Schicksal in eine für den Frieden förderliche Bahn zu bringen. Zu gewaltsamen Lösungen zu greifen, ohne die letzten Möglichkeiten einer ehrenvollen friedlichen Lösung erschöpft zu haben, und auf diesem Wege Mussolini zu folgen, wenn er ihn sehen sollte, dazu habe Jugoslawien um so weniger Anlaß, als in dem, was Italien unternehme, durchaus nicht Vorteile für Jugoslawien zu finden wären.

Das Blatt schließt mit der Bemerkung, daß es anbracht sei, die italienische Regierung und bei dieser Gelegenheit auch die Regierungen der Tschechoslowakei und Rumaniens auf diese Stellungnahme aufmerksam zu machen.

Republik Polen.

Lańcucki nicht mehr Abgeordneter.

Wie unser Warschauer Korrespondent erfährt, hat der kommunistische Sejmabgeordnete Lańcucki sein Mandat niedergelegt. In seine Stelle tritt Georg Sochacki, der in der Zeit des ersten Sejms eine hervorragende Rolle gespielt hat. Sochacki war damals Klubsekretär der P.P.S. Trotzdem gelang es ihm seinerzeit mit dem Abg. Niedzialowski und Barzki in der P.P.S. großen Einfluß zu gewinnen. Er gehörte mit seinen beiden Freunden zum linken Flügel der Partei. Später gingen Sochacki und Barzki zu den Kommunisten über. Da Sochacki ein ausgezeichnetes Organisations- und Führertalent ist, fürchtet die Rechtsparteien, er werde die Partei reorganisieren und die Kommunisten könnten aus der bisherigen Defensive im Sejm in die Offensive eintreten.

Remmerers „Morgenröte“.

In der „New York Sun“ ist eine Unterredung mit Professor Remmerers erschienen, in der der amerikanische Wirtschaftsjachverständige seine Eindrücke über die Finanzverhältnisse in Polen wiedergibt. Professor Remmerers schließt die Unterredung mit folgenden Worten:

„Wenn alle Völker des europäischen Kontinents ebenmäßig auf der Bahn einer wirtschaftlichen Stabilisierung schreiten würden, wie dies Polen tut, so würde am Horizont Europas eine rosige Morgenröte aufgehen.“

Türkische Rundschau für Loda.

Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ erzählt, trifft dieser Tage der neuernannte polnische Gesandte in der Türkei, Dr. Karl Bader, in Begleitung höherer Beamten des Ministeriums für Industrie und Handel in Loda ein, um sich mit den Loder Industriellen über die türkischen Bestellungsgegenstände für die polnische Industrie zu verständigen. Diese Bestellungen sollen die Summe von einigen hundert Millionen Lira erreichen.

Weiterer Beamtenabbau, aber keine Gehaltskürzungen.

Warschau, 1. März. Finanzminister Józefowski hat an sämtliche Ministerien ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er darauf hinweist, daß nach dem Beschluß der gesetzgebenden Körperschaften die Kürzung der Beamtengehälter mit dem 1. April aufhört, und auf die Notwendigkeit aufmerksam macht, den Beamtenabbau nach in diesem Monat in großem Maßstabe durchzuführen, um das Budget im Gleichgewicht zu erhalten.

Flucht eines berittenen Polizeipostens.

Warschau, 28. Februar. Polnische Blätter berichten von einer sensationellen Flucht eines polnischen Polizeipostens nach Sowjetrußland. Der Beamte namens J. Koska tat bei Zulezte Dienst und ist samt dem Pferde nach Rußland ausgerückt. Die Flucht überrascht um so mehr, als Koska in besonderer Strenge gegen die Minderheiten auftrat und sich bei den vorangegangenen Behörden einen guten Ruf erwarb. Nun wird bekannt, daß K. die Flucht erst bemerkt habe, nachdem er die gesamten Mobilmachungspläne des Bezirks Warschau mitnahm und auch die Listen derjenigen Personen, die als Polizeikonfidenten und Spione für die dortigen Behörden tätig waren. In der Wojewodschaft Tarnopol herrscht eine beargwöhnliche Regung, da man annimmt, daß Koska schon seit längerer Zeit im russischen Dienst gestanden haben muß und ihm auch noch andere wichtige Dienstgeheimnisse bekannt sind. Die Regierung entsandte nach Warschau sofort eine Untersuchungskommission und gibt bekannt, daß diese sensationelle Flucht zu keinerlei Bedenken Veranlassung geben darf, da die Militärbehörden ihre Pläne sofort geändert haben.

Deutsches Reich.

Dr. Haslunde tritt nicht zurück.

Die in letzter Zeit mehrfach in der Presse aufgetauchten Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Haslunde, entbehren, wie W.W. von ausländischer Seite mitgeteilt wird, jeder Begründung. Der Minister wird in kürzester Zeit die Dienstgeschäfte wieder aufnehmen.

Aus anderen Ländern.

Politischer Mord in Sowjetrußland.

DE. Moskau, 1. März. Die Ermordung eines Arztes namens Jajtschinski in der Nähe des Dorfes Kubomirka in Wolhynien erregt viel Aufsehen, da der ermordete Arzt sich politisch betätigte und als Vertreter kommunistischer Ideen und Vorkämpfer der „Dorfarmut“ galt. Kurz vor der Tat war er von diesen Kreisen in den Sowjet des genannten Dorfes gewählt worden. Die Täter, die die Leiche furchtbar verstümmelt haben, sind nicht entdeckt worden und werden in den Kreisen der „Kulak“ verdächtigt. Die Verfolgung kommunistischer Parteifunktionäre und Zeitungs-korrespondenten auf dem Lande geht nach wie vor weiter und fast jede Nummer der Sowjetzeitungen bringt Meldungen dieser Art.

Rundschau des Staatsbürgers.

Zur Anmeldung des Altbesizes von deutschen Reichsanleihen.

Der Reichsfinanzminister hat die Frist für die Anmeldung der Reichsanleihen alten Besizes bekanntlich bis zum 31. März 1926 verlängert. Wenn auch der weitaus größte Teil des verfallenen Anleihebesizes bereits zur Anmeldung gelangt ist, so erziehen doch mit Rücksicht auf einige besondere Umstände (Kriegsanleiheverfälschung, hinterlegte Anleihen, Sparfahndepots u. a.) eine Fristverlängerung endgültig ab. Eine weitere Verlängerung ist ausgeschlossen. Auch die Anleihegläubiger, die ihre Anleihen bei Banken oder Sparkassen im Depot haben, müssen für die rechtzeitige Anmeldung Sorge tragen, da die Banken und Sparkassen häufig die Altbesizeigenschaft der Anleihen nicht kennen oder nicht die nötigen Belege für die Altbesizebegründung haben.

Die Posener Gasexplosion.

Die Gasanstalt hat folgende offizielle Mitteilung herausgegeben:

Am 26. Februar erfolgte um 1 Uhr 30 Min. in der Gasanstalt eine Gasfessel-Explosion. Der Kessel wurde im Jahre 1916 von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg als zweiter wasserfester Kessel überhaupt gebaut. Bei dieser Konstruktion wird der Kessel nur mit einer Druckplatte geschlossen, die von dem äußeren Mantel durch Segelstich, das mit flüssigem Teer getränkt ist, verdichtet wird. Dieser Kessel unterstand bis zum Jahre 1919 der ständigen Kontrolle der Versuchsstation. Jedes zweite Jahr wurde der Kessel im Sommer auf sechs Wochen geleert und genau untersucht, wobei man kleine Mängel feststellte. Da die deutsche Firma im vergangenen Jahre weitere Kessel dieses Typs baute, wandten wir uns im Januar 1926 an die Firma mit der Anfrage, ob sie neue Konstruktionen befehle, die den Kessel betriebssicherer machten. Darauf antwortete die Firma zunächst, daß sie nichts Neues habe. Darauf schlugen wir vor, einen besonderen Ingenieur zu entsenden, damit dieser den Zustand des Kessels und seine Leistungsfähigkeit prüfte. Vor einer Woche traf wirklich ein Ingenieur der Versuchsanstalt in Posen ein und erklärte, daß der Kessel auf der Höhe des Kessels bemerkt. Man ordnete an, daß Teer ausgepumpt wurde, und der Gasdruck verschwand. Um die Ursache einer etwaigen Undichtigkeit zu prüfen, ließ man den Kessel leeren, um ihn zu revidieren. Der Kessel enthielt 43 000 Kubikmeter Gas. Dieses wurde zum Gebrauch der Abnehmer in den zweiten Kessel geleitet. Bis 1 Uhr 30 Min. wurden 23 000 Kubikmeter Gas verbraucht, und in diesem Stadium trat die Explosion ein, die sich nicht vorhersehen ließ. Es ist anzunehmen, daß sich die Platte von der einen Seite einbaute und dadurch eine schräge Stellung bekam, durch die ein Gasstrom verursacht wurde, der mit der Luft die Explosionsmischung bildete.

Dann fiel die Platte plötzlich und schuf durch die Reibung der Metallteile am Mantel des Kessels einen Funken, der die Explosionsmasse in Brand setzte. Keiner der Angestellten und niemand aus der übrigen Bevölkerung wurde in diesem Unfall verletzt. Von den 42 Leuten, die sich in der Gasanstalt befanden, wurde einer in der Gasanstalt selbst verletzt, ist keine einzige dort geblieben. Der Betrieb der Gasanstalt geht ununterbrochen von statten. Die Gaslieferung ist gesichert.

In einem Aufruf, den der Magistrat erläßt, um milde Spenden zu erreichen, heißt es: „Die Gasfessel-Explosion, die am 26. d. M. erfolgte, hat der Unterstadt und ihren Einwohnern unberechenbare Schäden zugefügt. Hunderte und Tausende ausgefallener Scheiben, herausgerissene Fenster und Türen in den Wohnungen der armen Einwohner (Arbeiter, Handwerker, kleiner Kaufleute und von Arbeitslosen), wodurch sie der Kälte und zahllosen Krankheiten ausgesetzt sind. Es ist wohl die Pflicht der bemittelten Personen, den Geschädigten sofort zur Hilfe zu kommen.“

Unter der Epithete „Ein heldenhafter Mann“ schreibt das „Pol. Tagebl.“:

Bei der Explosionskatastrophe der Gasanstalt befürchtete man allgemein, daß auch der zweite, will sagen kleinere Gasfessel von der Explosion ergriffen werden könnte und so das Unglück ins Ungemeine vergrößert worden wäre. Daß das nicht der Fall geworden ist, ist das Verdienst des Gasmeisters Darmosz, der bei der allgemeinen Kopflosigkeit, die die elementare Katastrophe im Gedächtnis der Gasanstalt naturgemäß hervorrief, den Kopf oben behielt, alle Ventile absperrte und so ein Übergehen des brennenden Gases auf den zweiten Kessel verhinderte. Das musterghaltige Verhalten des wackeren Mannes verdient für alle Zeiten festgehalten zu werden. Der Stadtpräsident Ratajski hat ihm noch gestern den Dank der Stadt ausgesprochen, auf den dieser Geld im Arbeitsmittel berechneten Anspruch hat, wenn gleich ihm das Bewußtsein treuester Pflichterfüllung auch in schwerster Lebensgefahr den besten Lohn für seine edle Tat gewähren wird.

Die Schäden, die die Explosion der Gasanstalt in der Kreuzkirche angerichtet hat, sind so schwer, daß Gottesdienste auf längere Zeit nicht abgehalten werden können. Im Einverständnis mit dem Presbyterium der Petriergemeinde sollen die Gottesdienste, gemeinsam mit denen der Petriergemeinde, in der Kreuzkirche abgehalten werden. Die Aufführung der Johannes-Passion am Karfreitag muß abgesetzt werden, da die Kreuzkirche bis dahin unmöglich wieder hergestellt sein kann. Damit fallen auch die Aufführungen in Lissa und Bromberg am Gründonnerstag bzw. Osterfest aus.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 1. März.

In einer Massenklage, bei der die gesamte Inneneinrichtung einer Restaurations- und Saalwirtschaft demoliert wurde, hatte am Sonnabend der hiesigen Strafkammer ihr gerichtliches Nachspiel. Der Verhandlung lag folgender Sachverhalt, über den wir ausführlich berichtet hatten, zugrunde: Am Sonntag, 11. Mai 1924 drang eine ganze Rote von jungen Burken, die alle betrunken waren, in das Lokal des Herrn Dobel, hier, Glinkenstraße (Glinka) 52 ein und verübten dort einen Höllenlärm. Vom Gastwirt deshalb zurechtgewiesen, begaben sie sich in den Saal, wo gerade ein Vergnügen stattfand, und schlugen alles kurz und klein: Fenster, Tische, Lampen, Gläser, Stühle, Marmortafeln, alles dies bildete vor dem Grundstück und die Fensterläden daran glauben, die zu Brennholz zerschlagen wurden. Der ganze Vorfall grenzte stark an Landfriedensbruch, und es ist nur sprechender Anklage Abstand genommen wurde. Es wurden im ganzen an 30 Täter ermittelt, von denen aber bis jetzt nicht zu ermitteln war. Deshalb hatte sich nur ein Bruchteil der Täter, und zwar sieben Personen, zu verantworten, von denen sich der erste Angeklagte im Zuhörer-Raum versteckt hielt, wo er von einem Freund „verraten“ wurde, so daß er den Weg zur Arrestanstalt antreten mußte. Die Namen der Angeklagten sind folgende: Edmund Tanski, Stanislaw Szymanski, Franz Smigel, Jan Stowronski, Josef Dabowski, sämtlich Arbeiter von hier; ferner der Schmied Paul Szymczak und der Schlosser Kurt Liebenau, ebenfalls von hier. Sämtliche Angeklagte versuchten natürlich die Schuld von sich abzuwälzen und bezichtigten ohne Ausnahme die inzwischen geflüchtenen Täter als die eigentlichen Urheber; dies wird aber vom Gericht nur als fache Ausflucht bewertet. Der Angeklagte beantragt für sämtliche Angeklagten Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten; der Gerichtshof erkennt auf folgende Strafen: Tanski drei Monate, Liebenau drei Monate, Szymczak, Szymanski, Smigel, Stowronski je sieben Tage Gefängnis; Dabowski kam mit sechs Zloty Geldstrafe davon. Außerdem wurden vier Restaurateure, welche an die Angeklagten an dem betreffenden Sonntag Schnaps verabfolgt hatten, wegen Vergehens gegen das Alkoholverbot mit Geldstrafen von je 70 Zloty bestraft.

§ Glück im Unglück. Aus dem vierten Stock heruntergefallen. Vor etwa zehn Tagen ist der Pförtner eines Hauses in der Danzigerstraße beim Schließen der oberen Flügel eines Fensters ausgeglitten und aus dem vierten Stock auf den Hof heruntergefallen — glücklicherweise auf ein nicht gepflastertes, sondern grasbewachsenes Stück dieses Hofes. Erstaunderweise hat der Mann — er dürfte etwa 30 Jahre zählen — außer einigen Kontusionen erstere Verletzungen nicht davongetragen und geht heute wieder seinem Berufe nach.

§ Wegen Hehlerei war kürzlich der (inzwischen nach Deutschland ausgewanderte) Siegfried Reich aus Maximilianowo angeklagt. Er hatte mehrere aus einem Diebstahl herrührende Sachen angekauft. Ein Urteil gegen ihn wurde nicht gefällt, da er, wie aus seiner Mutter mitteilt, mit polizeilicher Erlaubnis ausgewandert ist.

§ Ein frecher Diebstahl wurde in Schlenkeran (Ostpreußen) verübt. Dort machten sich drei Gebrüder daran, einen auf der Straße stehenden Wagen näher zu „untersuchen“. Als der Besitzer sich näherte, nahmen die drei Reichs, nachdem sie sich vorher mit einem gewichtigen Paket bewaffnet hatten. Der Besitzer lief ihnen nach, um sein Eigentum zu retten, und die drei Räuber fielen dann über ihn her und verprügelten ihn. Schließlich aber wurde ihnen die Beute — es waren Tapeten! — doch noch mit Hilfe mehrerer Männer entrissen, und die Täter konnten festgenommen werden.

Bereine, Veranstaltungen u.

D. G. f. A. u. B. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, in der Deutschen Bühne: Musikalischer literarischer Lustig-er Abend des Wiener Künstler-Paares Josma Semlin — Ralph Benaym. Josma Semlin, der ausgesprochene Vorführer der Wiener, hat in der kurzen Zeit ihrer künstlerischen Laufbahn nicht nur alles bisher auf dem Gebiete der Vortragskunst Gebotene bei weitem überflügelt. Ihrer unnaheahmlichen Grazie, ihrer dramatischen Gestaltungskraft und ihrer vollendeten Gesangsweise verdankt Wien buchstäblich eine neue Glorie des Wiener Theaters, schreibt das „Wiener Extrablatt“. (Vorverkauf ab 3. März bei Heft.)

Der Männer-Turnverein Bromberg, E. V., turnt jeden Dienstag und Freitag abends, und zwar um 7 Uhr die Jugend-Abteilung, um 8 1/2 Uhr die Männer- und Frauen-Abteilung. Anmeldungen Jngen. Buchholz, Danziger Straße 150a. (2655)

* Posen (Poznan), 27. Februar. Über die Festnahme zweier Kautionschwinder wird berichtet: Im vorigen Monat war im Hause Meise Marcinkowskiego 1 (fr. Wilhelmstraße) unter dem hochtrabenden Titel „Diskrecja“ ein Vermittlungs- und Rechtsanwaltsbüro eröffnet worden, dessen beide Inhaber es aber vornehmlich auf die Kautionen abgesehen hatten, die die von ihnen angestellten Pförtner zu leisten hatten. Im ganzen haben sie deren vier gehabt, von denen zwei je 300, einer 600 und einer 500 Zloty Kautions leisten mußten. Da es ihnen darauf ankam, zunächst viele Pförtner nach einander anzustellen, so wurden die alten Stelleninhaber regelmäßig aus eigenartigen Gründen entlassen. Es handelt sich bei dem einen Kompanon um einen bekannten Posener Schwindler von 25 Jahren namens Franz Praybly, der schon früher in der Rolle eines Hauptmanns der Reserve bzw. eines Studenten Schwindelen verübt hatte. Der andere ist noch nicht verhaftet; wahrscheinlich selbst ein Opfer des ersten.

* Rawitsch (Rawicz), 27. Februar. Ein schwerwiegender Entschluß wurde von der Stadterord-

nung versammlung in Angelegenheit des Kontraktes der „Weissen Katernen“ gefaßt. Ein Kontrakt zwischen dem Magistrat und den Militärbehörden ist aufgekündigt, wonach die Stadt sich verpflichtet, eine Reihe von Neubauten und event. sehr viel Geld verbringenden Reparaturen auf ihre Kosten auszuführen. Nach dem Vorschlag sollen bis zum 1. 8. 1926 noch Reparaturen im Betrage von ca. 30 000 Zloty ausgeführt werden; dann bis zum 1. 8. 1927 Wirtschafts-räumlichkeiten mit einem Kostenaufwande von 88 000 Zloty, ein Schulgebäude für 125 000 Zloty und eine Speisehalle für fünf Kompanien für 70 000 Zloty aufzubauen werden; im ganzen eine Ausgabe von 313 000 Zloty. Der Referent Herr Swieklif und mehrere Stadterordnete fanden den Kontrakt sehr er-ausungsbefähigt. Die Geldmittel zu diesen ausgedehnten Bauten sollen durch eine seitens der Militärbehörden zu leistende Anzahlung von vierjährigem Zins und durch weitere Anleihen an staatlichen Stellen aufgebracht werden. Trotzdem die Zeit drängt, übergab die Versammlung diese Angelegenheit zur gewissenhaften Prüfung einer Kommission.

Is. Wollstein (Wolsztyn), 27. Februar. In Rozoznit bei Rothenburg (Rotharzewo) fand man beim Wasserhopsen in einem Graben die Leiche eines 20-jährigen aufgefleierten Mädchens. Spuren von gewaltsamer Tötung waren nicht festzustellen. Nach ärztlicher Obduktion liegt ein Unfall vor. Nach Bekanntmachung dieses Tatbestandes erfolgte durch den Besitzer Ehrenberg in Dombrowka Hausland die Refugnosierung der Unbekannten, der in der Toten seine Schwägerin festhielt. Diese hatte ihn vor mehr als vier Wochen besucht und muß auf dem Rückwege in ihre Stellung in Neutomischel die an dieser Stelle seine Begegnung hinabgeführt sein.

Aus Kongregpolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 1. März. In dem Prozeß gegen den Majorats Herrn von Bisping, der bekanntlich unter der Auflage steht, den Fürsten Drucki-Pladover zu haben, wurden am Sonnabend die Pladovers des Staatsanwalts und der Rechtsanwalts beendet. Der Staatsanwalt hielt seine Anklage aufrecht, und beantragte gegen Bisping 15 Jahre Zuchthaus. Das Urteil wird heute erwartet.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Januarausgaben des russischen Außenhandels zeigt eine weitere Zunahme der Passivität, und zwar — soweit sich aus den bis jetzt vorliegenden, nicht ganz lückenlosen und zum Teil wieder sehr unklaren sowjetamtlichen Angaben berechnen läßt — auf 14,8 Mill. Rubel gegenüber 13,5 Mill. Rubel im Dezember. Der Wert der Einfuhr belief sich auf 49,5 Mill. Rubel (gegen 55,9 Mill. im Dezember) und der Ausfuhr auf 34,7 Mill. Rubel (42,4 Mill.). Der Gesamtumsatz ist allerdings in den ersten vier Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres gegenüber der Vergleichszeit 1924/25 um 93 Prozent auf 461,5 Mill. Rubel gestiegen, doch ist dies in der Hauptsache auf das Anwachsen des Imports zurückzuführen, der sich jetzt auf 254,4 Mill. Rubel belief. Während sich für die Vergleichszeit des vorigen Wirtschaftsjahres eine Aktivität von 30,3 Mill. Rubel errechnen läßt, ergibt die Bilanz für die ersten vier Monate 1925/26 eine Passivität von 47,3 Mill. Rubel. Die Januarausgaben zeigen eine Fortsetzung der rückläufigen Bewegung des Exports, wenn auch das Tempo des Rückgangs etwas gemäßigter geworden ist. Bei einigen Waren hat der Export sogar eine Zunahme erfahren, z. B. bei Getreide von 5,9 Mill. im Dezember auf 7,2 Mill. Rubel im Januar, bei Rohwaren von 1,5 Mill. auf 2,5 Mill. Rubel, bei Naphthaerzeugnissen von 3,4 Mill. auf 5,7 Mill. Rubel, bei Fleisch von 8 auf 6,8 Mill. Rubel, ferner bei Eisenzeug und Rohhaar.

Vom litauischen Holzmarkt wird uns aus Kaunas berichtet: Die schon während der ganzen letzten drei Jahre herrschende unangenehme Situation zeigt auch jetzt noch keine wesentliche Besserung. Es ist ein Zeichen für die ziemlich gedrückte Lage auf dem litauischen Holzmarkt, daß litauische Holzexporteure in letzter Zeit Konjunktionsendungen nach England schicken. Englands Holzpreise für litauisches Holz ist infolge der hohen Preise in Litauen gering. Der Absatz in Deutschland ist trotz seines bedeutenden Bedarfs nur gering, und die dort erzielten Preise sind so niedrig, daß sie unrentabel sind. Ebenso verhält es sich mit der Ausfuhr nach Holland. Die angebotenen Preise pro Basting (36 bis 37 holl. Gulden je Kubikmeter holländischer Grenze) erschweren die Realisation, und es kommt nur in vereinzelten Fällen zu Abschlüssen. Der Absatz im Inland ist infolge der außerordentlichen Geldknappheit minimal; es wird nur das Notwendigste gekauft. Schnittmaterial wird ebenfalls wenig gekauft, denn auf dem Baumarkt herrscht vollständige Stille. Angesichts dieser Verhältnisse wurde, wie uns noch von anderer Seite gemeldet wird, auf einer kürzlich nach Kowno einberufenen Konferenz, an der außer Vertretern der Holzbranche solche des Handelsministeriums, der staatlichen Forstverwaltung und der Eisenbahnverwaltung teilnahmen, beschlossen, die Regierung auf das Dringlichste zu ersuchen, die hohen Zoll- und Eisenbahntarife, namentlich für die Schritte, möglichst bald herabzusetzen. Wie in dieser Konferenz ausgeführt wurde, machen die Transportkosten für einen Wagon Holz gegenwärtig etwa 60 Prozent des Warenwertes aus, so daß die litauische Holzindustrie auf den Auslandsmärkten fast vollständig konkurrenzunfähig geworden ist. (Die kürzlich erfolgte Freilassung des Wemelschloßes für den Holztransportverkehr dürfte allerdings bald eine wesentliche Besserung der Lage herbeiführen. Red.) Ein Vertreter des Forstdepartements meinte, Litauen, das nur noch über ziemlich geringe eigene Forstbestände verfügt, dürfte hiernach jedenfalls nicht mehr exportieren, als im Lande selbst verbraucht werde.

Gastgeber: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Praygodski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 43.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Sprzedaj przymusowa.

W srode, dnia 3 marca, o godz. 11 przed pol. bedę sprzedawal w Bydgoszczy na po. dworcu firmy Wodtke przy ul. Gdanskiej 131/132 najwiecej dajacemu i za gotowke:

2 konie.

Preuschoff, komornik sądowy w Bydgoszczy.

Sprzedaj przymusowa.

W piątek, dnia 5 marca, o godzinie 2 po pol., bedę sprzedawal w Bydgoszczy przy ul. Na Groby w firmie Bracia Pichinsey najwiecej dajacemu i za gotowke:

Większą ilość garnków kamiennych.

Preuschoff, komornik sądowy w Bydgoszczy.

Zwangsversteigerung. Freitag, d. 5. März, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Bydgoszcz, ul. Na Groby, bei der Firma Bracia Pichinsey an den Meistbietenden gegen Barzahlung eine größere Menge Steintöpfe verkaufen.

Chilealpeter

Idyllefaures

Ammoniat

Thomasmehl

— Rainit —

empfehl

Landw. Ein- u.

Berl. Verein

Sp. 3.3.0.0.

Bydgoszcz

Tel. 100, 3031

Ruttmagen

neue und gebrauchte

Arbeitswagen

Räderfabrik auf gebog.

Felgen bis 3 1/2" Hart,

Radnaben

Ruttmagen

Beste Ausführung,

günstige Bedingungen.

Sperling Nachf.

Ratlo 2798 Tel. 80.

□ Käse

hat zum Preise von

30 Zl per Ztr. laufend

abzugeben

Müller, Molkerei,

Gast, poczta Parochanie,

per. Inowroclaw. 2015

Bierschwänze und

Fitzelgele

hartgebrannte

Ziegelsteine,

poröse Deckenriegel

Wandplatten

Langlochsteine

liefert per Bahn und

Rahn 1870

A. Medzeg,

Dampfziegelwerke,

Gordon-Weichsel.

Telefon 5.

Empfehle mich als

Schneiderin, auch

aufs Land, fertige auch

Handarbeiten an. Plac

Piastowski 3, II, r. 1919

!! Inferieren bringt Erfolg !!

Die glückliche Geburt eines
frühtigen Sonntagsmädchens
bekannt

3042

Dr. med. Werkmeister
u. Frau Magdalene
geb. Krenz.

Solec, den 28. Februar 1926.

Am 25. Februar entschlief in Eberswalde
nach langem qualvollen, mit großer Geduld
getragenen Leiden

Frau
Olga Falkenthal
geb. Wodarg.

Die teure Entschlafene hat über 20 Jahre
hindurch als liebevolle Gattin meines ver-
storbenen Vaters Freude und Leid mit uns
Allen getreu geteilt.

Im Namen der Hinterbliebenen
Hermann Falkenthal, St. powo.

Nach Gottes heiligem Willen er-
löste der Todesengel nach kurzem
schweren Leiden unser geliebtes
Pflgekind, die Schülerin

Margarete Roich

im Alter von 7 1/2 Jahren.
Nur 1 1/2 Jahre konnten wir ihr
ein Elternhaus bieten.

J. Czernicz u. Frau.

Die Beerdigung findet am Diens-
tag, d. 2. März, nachm. 3 Uhr, von
der Leichenhalle des alten evangel.
Friedhofes aus statt.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau, meiner guten Tochter,
sowie für die tröstlichen Worte des
Herrn Pfarrer Band in, sagen wir
untern herzlichsten Dank.

Ernst Manhofer
Frau Helene Riedel.

Herzlichen Dank Allen für die
viele Teilnahme beim Sinscheiden
meiner lieben Gattin **Pauline**
Hoelt geb. Götzel. Ganz besonders
Herrn Pfarrer Hefel für die
tröstlichen Worte am Sarge.

Karl Hoelt, Nowodworsta 20.

Moderner Tanzunterricht!

Anfang März beginnen neue Kurse f. Anfänger
und Fortgeschrittene in den modernsten Tänzen.
Anmeldungen nimmt täglich entgegen

H. Blaetterer, Tanzlehrerin, Dworcowa 3.

Wilh. Matern
Dentist

Sprechstunden v. 9-1 u. 3-6 Uhr

Bydgoszcz, Gdańska 21.

OKOLE
H. MATERN
Dentist

Sprechstunden. 9-1, 3-6 Uhr

Okole, Grunwaldzka 104
im Hause des Kaiser-Kaffee-Geschäfts.

Tran
prima norweg., unvermischt,
empfehlen

Ferd. Ziegler & Co., Dworcowa 95.

Kino Nowości
ul. Mostowa 5 Telefon 386

Beginn 6.35 u. 8.45

Orchester unt. Leitung d. Herrn B. Sommerfeld.

Von 9-2 Dworcowa 56

Rechts-Beistand
Dr. v. Behrens
(obrońca przyw.)

Von 4-8 Promenada 3
1826

Polnischen
Sprachunterricht
erteilt gründlich. Zu
erfragen bei **Sttner.**
1816 Długa 47.

Kyffhäuser-Technikum
Frankenhausen
Ing.-Schule f. Masch.- u.
Automobilbau, Elektro-
tech. Einz. Sond.-Abt.
f. Landw. u. Flugtechn.

14267

Aufs- u.
Arbeitsgeschirre
in groß. Ausw. zu gün-
stigen Preisen. Hiets auf
Lager. **Dr. J. J. J. J.**
Sattlermeister, Bldg.,
Kujawska 29. 10212

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes
über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850
Rabl. 215 als auch der §§ 137 und 139 des
Gesetzes vom 30. Juli 1883 Rabl. 195 in Ueber-
einstimmung mit § 11 der Verordnung des
Ministerrats vom 21. Januar 1924 gegen-
ständiglich der Verordnung der in den Straf-
vorschriften vorgezeichneten Geldbeträge (D. U.
R. P. Nr. 9, Pol. 89) verordne ich im Ein-
verständnis mit dem Wojewodschafts-Verwal-
tungsgesamt (Wojewódzki Sad Administra-
cyjny) für das Gebiet der Wojewodschaft
Poznań was folgt:

§ 1. Nichtsichtlos verboten ist die Ver-
anstellung von Tanzveranstaltungen und Tanz-
musikdarbietungen aller Art in öffentlichen Lokalen,
d. i. in Restaurants, Hotels, Cafés, Kabarets,
Dancings und ähnlichen Lokalen in allen
Städten als auch in den Landgemeinden des
Gebietes der Wojewodschaft Poznań für die
Dauer der großen Fasten, d. i. vom Her-
mittwoch bis zum Karfreitag einschließ-
lich.

§ 2. Uebertretungen der Vorschriften
dieser Verordnung unterliegen einer Geld-
strafe bis zu 60 zł bezw. entsprechenden
Arreststrafe.

§ 3. Die vorliegende Verfügung tritt mit
dem Moment der Bekanntmachung in den
Zeitungen in Kraft.

Der Wojewode. (-) Bniński.
Obiges geben wir zur Kenntnis.
Miejski Urząd Policyjny.
L. dz. Pl. III. 813/26.

Grüner
Garten

von
Gemüse, Blumen
u. w.
ist eingetroffen.

**Haupt-
Preisverzeichnis**
1926
auf Wunsch kosten-
frei

Ernst Rabmann
**Danzig-
Langfuhr.**

2537

Herr Morawski
aus Nowe ist nicht
berechtigt, Aufträge
für mich entgegen zu
nehmen noch Gelder
zu kassieren.

Erwin Sauer, Telem.

Kino Nowości
ul. Mostowa 5 Telefon 386

Beginn 6.35 u. 8.45

Orchester unt. Leitung d. Herrn B. Sommerfeld.

Um mit meinen großen Warenvorräten zu räumen

werde ich
bis zum 10. März einschliesslich
und solange die Vorräte reichen, folgende Waren
zu Fabrikpreisen resp. unter diesen verkaufen:

Herren-Oberhemden, Nachthemden, Pyjamas
Herren-Hüte: „Borsalino“, „Halban“, „Hükel“, „Christy's“
Kravatten, Handschuhe für Herren und Damen
seidene Herren- und Damen-Regenschirme
Spazierstöcke in echt Malacca u. Manila mit echten Griffen
seidene Nosenräger —:— seidene Socken
baumwollene, wollene, seidene u. Crêpe de Santé
Herren- und Damen-Trikotagen
Irishleinen Taschentücher für Herren und Damen.

Gänzlicher Ausverkauf von Herren-Mänteln
daher für die Hälfte des Einkaufspreises.

Sämtliche Waren sind nur ausländischer erstklassiger Qualität, in Luxusaus-
führung. Keine Markware! Nie wiederkehrende Einkaufsgelegenheit!

Gdańska 21. Adam Ziemski Gdańska 21.

WARUM
klagen Sie dauernd über

Gicht u. Rheumatismus
Ihren Bekannten die Ohren voll, so daß
Ihnen jeder aus dem Wege geht

wenn Sie doch nichts dagegen tun. Gehen
Sie lieber in die nächste Apotheke und kaufen Sie sich
unser millionenfach bewährtes, weitbekanntes

CAPSINAP.

Name gesetzlich geschützt.

Sonder-Angebot
in
Wäsche und Schürzen

Um mein enorm großes Lager in Wäsche u.
Schürzen zu räumen, verkaufe ich zu
staunend billigen Preisen

Prinzeßbrücke
Unterfalten
Beinkleider
Damenhemden
Herrenhemden
außerdem sämtliche
Mädchen- und
Knabenwäsche

Blusenschürzen
Wienschürzen
Linschürzen
Mädchenschürzen
Knabenschürzen
in Satins, weißen und
gestreiften Wäsche-
stoffen usw.

Wäschestickerien.

Benutzen Sie dies selten vorteilhafte Angebot
und decken Sie Ihren Bedarf bei mir. Sie
werden dadurch viel Geld sparen.
Ein Besuch meines Lagers ist lohnend.

Dom Handlowy
„Zródló“
Bydgoszcz, Długa (Friedrichstr.) 19.

Die beste Bezugsquelle
für verzinkte
Drahtgeflechte
Preisliste gratis.

Alexander Maennel,
Nowy Tomys 10 (Pozn.)

Diverse Sorten
Liföre
unterm Tagespreis
hat abgegeben

3. Ścisłowski, Lidzbark.

Der herrlichste und mächtigste Film diesjähriger Filmproduktion!!

„Varieté“

Ein hinreißendes erotisches Drama aus dem Leben der
Zirkus-Leute in 10 großen Akten.
Eingerichtet: **E. A. Dupont.**

In den Hauptrollen: **Emil Jannings u. Lya de Putti.** Das ganze Programm der großen „Music-Hall“
Achtung! Programme mit deutscher Beschreibung beim Portier. Achtung!

Fast umsonst
verlaufen wir um zu räumen:

Herrenhosen „geflickt“ 0.95
Rindertrümpfe „Patent“ 0.95
Damenstrümpfe „flor“ 0.95
Damen-Sandals „geflickt“ 0.95
Rinder-Hüte „Seidentritot“ 0.95
Damenstrümpfe „Seidentritot“ 1.95
Seidene Schals „extra lang“ 1.95
Reform-Hosen „Tritot“ 1.95
Mollene Rinderweater „braun“ 2.95
Rinder-Pederschuhe (auch Kamelhaar) 3.95
Damen-Hemden „Stiderei“ 3.95
Rinder-Ladefahnduhe „keine Fehler“ 4.95
Knaben-Anzüge „reine Wolle“ 5.95
Damenblusen „angetaucht“ 5.95
Seidene Damenhüte „Neuheiten“ 5.95
Mollene Damenkleider „fehlerhaft“ 9.75
Damen-Stricksocken „reine Wolle“ 9.75
Damen-Pedertiefel „Barich. Form“ 9.75
Damen-Pederschuhe „America“ 9.75

Besonders billig:

Rinder-Mäntel „farbig“ 9.75
Damen-Ladefahnduhe „keine Fehler“ 18.50
Damenmäntel „Klausch“ 19.50
Damenmäntel „Zuch“ 28.50
Damenmäntel „Herrnhaut“ 38.50
Damenmäntel „Beltragen“ 48.50

Kein Verkauf an Wiederverkäufer!

Mercedes, Mostowa 2.

Von hiesigen Anbaustationen
haben wir folgende

Original v. Kameke'sche
Saatkartoffeln

soweit der Vorrat reicht, abzugeben:

Original v. Kamekes Deodara
Original v. Kamekes Parnassia
Original v. Kamekes Pepo
Original v. Kamekes Gratiola
Original v. Kamekes Goldball
Original v. Kamekes Rubia
Original v. Kamekes Hindenburg
Original v. Kamekes Kartz v. Kameke
Original v. Kamekes Gloriosa

zum Preise von 180% Zuschlag über
Posener Höchstnotiz.

Außerdem von der v. Kameke-
schen Saatzuchtwirtschaft fol-
gende Sorten zum jeweiligen
Preise des Züchters:

Original v. Kamekes Centifolia
Original v. Kamekes Citrus
Original v. Kamekes Laurus
Original v. Kamekes Arnika
Original v. Kamekes Beseler
Original v. Kamekes Pirola
Original v. Kamekes Mirabilis
Original v. Kamekes Tuno
Original v. Kamekes Belladonna
Original v. Kamekes Lotos

Posener Saatzbaugesellschaft
T. z. o. p.
POZNAN, ul. Zwierzyniecka 13, I.
Telephon 60-77.

DEUTSCHES HAUS
Gdańska 134

TÄGLICH KÜNSTLERKONZERT

**Familien-
Drucksachen**
in bester Ausführung

fertigt schnell und preiswert

A. Dittmann, G. m. b. H.,
Buch- u. Kunstdruckerei
Bromberg-Bydgoszcz
Wilhelmsstr. 16. Telefon Nr. 16.

**Männertun-
verein Bydg.**
West e. 2.

Heute Montag, d. 1. 3.,
8 1/2 Uhr: Monatsver-
sammlung im Vereins-
lokal Kleiner. Büttel.
Erschein. all. Mitglieder.
Gut Heil! Der Vorstand.

Deutsche Bühne
Bydgoszcz 2.
Freitag, 5. März 1926,
abends 7 1/2 Uhr:
zu ermäßig. Preisen:
Camont.

Trauerpiel in 5 Akten
(9 Bildern)
von W. von Goethe.
Musik von Beethoven.
Eintrittskarten: Dien-
stag bis einschließ-
lich Donnerstag in Zehn-
fachen, Freitag
Buchhandlung, Freitag
von 11-1 Uhr und ab
6 1/2 Uhr abends an der
Theaterkassa.

Der herrlichste und mächtigste Film diesjähriger Filmproduktion!!

„Varieté“

Ein hinreißendes erotisches Drama aus dem Leben der
Zirkus-Leute in 10 großen Akten.
Eingerichtet: **E. A. Dupont.**

In den Hauptrollen: **Emil Jannings u. Lya de Putti.** Das ganze Programm der großen „Music-Hall“
Achtung! Programme mit deutscher Beschreibung beim Portier. Achtung!

Bromberg, Dienstag den 2. März 1926.

Pommerellen.

1. März.

Graudenz (Grudziadz).

* **Büroverlegung und Melbewesen.** Der Stadtpräsident bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß mit dem 28. Februar die Meldebüros im 1., 2. und 3. Kommissariat der Staatspolizei aufgehoben werden. Die An-, Ab- und Ummeldungen haben vom 1. März ab im städtischen Meldebüro, Rathaus 1, Zimmer 11-12, in den Stunden von 8-3 Uhr zu erfolgen. Die Anmeldung muß sofort, spätestens aber im Laufe von 6 Tagen geschehen. Die Abmeldung hat vor dem Fortzuge, spätestens aber innerhalb 6 Tagen nach diesem zu erfolgen. Die Ummeldung von einer Straße in die andere muß innerhalb drei Tagen vollzogen werden. Die Offiziere und Berufsmilitärs sind, sofern sie in der Stadt privat wohnen, ebenfalls zur polizeilichen Meldung verpflichtet. Falls sie in der Kaserne Wohnung haben, unterliegen nur ihre Familienangehörigen und das Dienstpersonal der polizeilichen Meldepflicht. Untermieter und Hauspersonal anzumelden, sind die Vermieter bzw. Arbeitgeber verpflichtet.

* **Auf dem Sonnabend-Morgenmarkt** zahlte man für Butter 2.60-2.80, Eier 1.50-1.80. Der Obst- und Gemüsemarkt hatte seine alten Preise, doch wird Obst und Wintergemüse immer seltener. Für Kartoffeln wurde 2.50-2.80 verlangt. Fische sind in der Fastenzeit ein begehrter Artikel. Sie standen im Preise etwas höher: Schleie 2.30, Hechte 1.80, Barsche 1.50, Plöke 60-80. Grüne Beringe wurden pro Pfund mit 50 gr verkauft.

Bereine, Veranstaltungen etc.

Deutsche Bühne Grudziadz. Am kommenden Mittwoch, den 3. März 1926, findet die Operette „Die Frau ohne Ruß“ von Richard Scheller, Musik von Walter Kollo, statt. Diese Operette hat sich alle Bühnen im Sturm erobert und es ist damit zu rechnen, daß die Grudziadzer Aufführung am Mittwoch, den 3. März d. J., auch ein großer musikalischer Erfolg sein wird. Die Handlung ist sehr humorvoll und die darin vor kommenden Pöcher, wie „Das ist der Frühling von Berlin“, „So schön wie du bist nur die Sterne“, „Perfekte Nase“ und „Schade, Schade, daß die Zeit so schnell vorbeigeht“, sind Schätze, die überall gefungen werden. Die Besetzung der Operette ist eine sehr gute, so daß auch hier in Graudenz mit einem großen Erfolg zu rechnen ist. Die Regie liegt in den Händen des Herrn Stadtrat W. Ritter, die musikalische Leitung hat Herr Musikdirektor Heißke.

Thorn (Toruń).

—dt. Zu Sachverständigen für die jeweiligen Handelszweige und Branchen bei der Industrie- und Handelskammer sind ernannt: Getreidebranche: Komendziński, Cieslański (beide in Thorn), Adamczewski und Millaus aus Strasburg, Alfred Wellenger-Solbau; in der Tuchwarenbranche: Hoffmann, Lesniowski (beide Thorn), Heide-Abbau und Niekowski-Briefen; im Müllerereigewerbe: Karl Hansel-Thorn und Heide-Brückel (Ar. Rauenburg); Spiritus-Branchen: Schlabowski-Thorn; in der Lederbranche: Zipser-Wislaw; für Drogen: Galdowski und Olejniczak-Thorn. Obige Sachverständige gelten als solche in Streitfällen, Gerichtsverfahren usw. und sind zuständig für den Bereich der Thorer Industrie- und Handelskammer.

—dt. Bei den Sammlungen am 24. bis 26. Februar in den Straßen der Stadt nach getragenen Kleidungsstücken für die Arbeitslosen hat sich die deutsche Bevölkerung tatkräftig beteiligt. Von Sammlern heißt es, daß so manche deutsche Familie noch gut erhaltene und wenig getragene Herren- und Kinderkleidungsstücke opferfreudig gespendet habe.

* **Eine unhaltbare Praxis** wird auf den Haltestellen Przasna und Stawki auf der Strecke Warschau-Thorn zwischen Olszyna und Thorn, Schienenweg 16 Kilometer, geübt. Beide Haltestellen verabsorgen keine Fahrkarten. Passagiere zahlen auch bei vorheriger Anmeldung auf der Station und dem Kondukteur nicht nur die volle Gebühr von 80 gr für die Strecke Olszyna-Thorn, sondern noch einen Zuschlag von weiteren 80 gr, also zusammen 1.60, während die tatsächliche Gebühr Stawki-Thorn 30 gr betragen dürfte. Auf vorerwähnte Reklamation erwiderte der Kondukteur: „Wenn Ihnen der Betrag zu hoch ist, dann müssen Sie sich die Fahrkarte in Przasna kaufen.“ Mit anderen Worten, der in Stawki einsteigende Fahrgast hat erst 9 Kilometer nach Olszyna zu marschieren um eine Fahrkarte zu kaufen. Der Gemeindevorsteher in Przasna ist schon persönlich in Warschau vorstellig geworden, um wenigstens für diese größere Haltestelle eine Fahrkarte auszugeben und eine Verabwägung der Bedeutung des Verkehrs, den Olszyna-Thorn und sonstigen Güterverkehr wie Kohlen, Kunststoffe usw. zu erhalten. Die Strecke ist hier zweifach; für den aeriarischen Verkehr nach Stawki, 25 Kilometer von Przasna entfernt, genügt es, wenn die Lokalbahn Giechocinek-Thorn hält und der Warschauer Zug nur in Przasna. Eine umgehende Verbesserung verlangt das öffentliche Interesse.

* **Von Raufbolzen überfallen** wurde in den späten Abendstunden in der Bergstraße (Podgórska) ein aus der Stadt zurückkehrender Bürger. Zum Glück war Polstet in der Nähe, welche die Raufbolzen in Gewahrsam nahm.

* **Ertrapyt.** Eine hiesige Bürgerin wurde dabei ertrapyt, als sie versuchte, einen falschen 50-Pfennig in Loosschlägen. Wie verlautet, soll die Frau in Verbindung mit den eigentlichen Fälschern stehen.

* **Gaersk, 27. Februar.** Am letzten Sonntag kam in die Sakristei der katholischen Kirche zu Gaersk eine fremde Person, die den Ministranten 30 Groschen gab, damit sie sich entfernen sollten. Darauf zog sich der Fremde einen an der Wand hängenden Pelz an und begab sich auf die Straße. Der Diebstahl wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt, und so konnte die Polizei den Langfinger in Gewahrsam nehmen.

* **Dirshan (Lewin), 27. Februar.** Einen bösen Unfall erleidet der Bekker Bruchmann, Dirshanerwiesen. Vor einigen Tagen ritt er nach Hohenstein. Auf dem Heimwege wurde er von einem Zigarre anzünden. Hierbei schenkte das Pferd mit einem Fuß im Steigbügel hängen und wurde fast 30 Meter weit mitgeschleift. Konnte aber noch, nach Eingreifen des Durchgängers, seinen Heimweg fortsetzen. Bald nachher fiel jedoch bei dem Verunglückten heftige Schmerzen ein, die sich täglich verstärkten. So daß die Überführung in das hiesige Vinzenzkrankenhaus angeordnet werden mußte.

Freie Stadt Danzig.

* **Danzig, 27. Februar.** Ein großes Schadenfeuer wütete in der Nacht in Gr. Lichtenau. Dort war gegen 2 Uhr der Stall des Bäckermeisters Johannes Dieferbeck in Brand geraten. Die Hausbewohner befanden sich im tiefsten Schlummer und wurden erst durch das Prasseln des Feuers aufgeschreckt. Die Flammen griffen mit rasender Schnelligkeit um sich, und im Nu brannten auch das Wohnhaus, die Bäckerei und die Scheune lichterloh. Sämtliche Möbel, Betten, Kleider, Wirtschafts- und Geschäftsgeräte sowie die Mehl- und Futtermittel fielen dem verheerenden Elemente zum Opfer. Es wird böswillige Brandstiftung angenommen. Dieferbeck, der nur gering versichert ist, erleidet einen großen Schaden.

Kleine Rundschau.

* **Bankrott eines belgischen Bankhauses.** Brüssel, 27. Februar. (P.A.) Großes Aufsehen erregte im ganzen Lande der Bankrott des Bankhauses „Credit Foncier Anversois“, das gestern seine Zahlungsunfähigkeit erklärte. Die Passiva betragen 30 Millionen Frank. Das Publikum fürmte die Filialen der Bank in Antwerpen und Brüssel. Die Polizei führte eine Revision in den Geschäftsräumen der Direktion der Bank durch. Es stellte sich heraus, daß die Zahlungseinstellung durch unglückliche Spekulationen einiger leitenden Persönlichkeiten erfolgte. Der Direktor, mehrere Mitglieder des Aufsichtsrates, sowie zahlreiche Bankbeamte wurden verhaftet. Der Direktor versuchte, Selbstmord zu begehen, man konnte ihn aber noch rechtzeitig daran hindern.

* **Schweres Hochfennnallid:** Etwa 10 Personen getötet. Auf der Straße Michelville im französischen Billeurp stürzte die 80 Meter hohe Gie der Hochfenn III und IV mit großem Getöse zusammen. Eine Anzahl Arbeiter wurde unter den Trümmern verschüttet. Die Zahl der Opfer beträgt schätzungsweise 10 Tote und viele Vermundete. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Polnische Einfuhrzollermäßigungen für Fabrikeinrichtungen. und zwar in Höhe von 10 Prozent, beschließen die zuständigen Ministerien einzuführen. Es handelt sich um Maschinen und Apparate, die im Inlande nicht hergestellt werden und die für neue Industrieunternehmen, für neue Abteilungen schon bestehender Industrieunternehmen, oder zwecks Modernisierung der letzteren in ganzen Garnituren eingeführt werden. Der Entwurf für eine solche Verordnung ist, laut „Gazeta Poranna Warszawa“, bereits ausgearbeitet.

Das polnische Eisenhüttenprodukt hat vom Warschauer Eisenbahnamt Aufträge über 15 000 Tonnen Eisenbahnmaterialien in Höhe von 5000 Tonnen Kleinmaterialien zur Verteilung unter die einzelnen Hütten, die dem Kartell angehören, nach einem festgesetzten Schlüssel, erhalten. Diese Angelegenheit hatte eine Verzögerung erlitten, da das Ministerium vor der Konsolidierung des ganzen Eisenwesens mit den einzelnen Hütten nicht verhandeln wollte.

wo. Die polnische Erdölproduktion 1925 ist zwar (nach den bisherigen halbjährlichen, vorläufigen endgültigen Daten) gegenüber dem Vorjahr wieder etwas gestiegen, hat jedoch die Durchschnittsleistung der Vorkriegszeit (1913 ca. 1 140 000 Tonnen) noch bei weitem nicht erreicht. Sie belief sich insgesamt auf 811 910 Tonnen brutto (gegen 770 791 im Jahre 1924). Selbst der offizielle „Przemysł i Handel“ stellt für die Entwicklung der Rohnaphtaproduktion in den nächsten Jahren kein günstiges Prognose und befürchtet damit unsere schon früher wiederholt einbehold begründete Ansicht. Die Zahl der Neubohren hat nämlich gegenüber 1924 abgenommen. Die Gesamtzahl der Schächte ist im Jahre 1925 von 2328 auf 2280 zurückgegangen, ebenfalls die Zahl der Arbeiter.

wo. Über die Einfuhr von Spiritus und Spiritusergzeugnissen nach Polen ist im „Dziennik Litwa“ Nr. 15 eine Verordnung veröffentlicht, nach der u. a. Reisende bei Überschreitung der Grenze Spiritus und Spirituswaren in unverschlossenen Gefäßen, jedoch nicht mehr als einen Liter, einführen können. Spiritus in verschlossenen Behältern unterliegt bei der Einfuhr, für die eine besondere Genehmigung des Finanzministers erforderlich ist, einer Einfuhrabgabe, wobei die Stärke des reinen Spiritus mit 96 Prozent und der absolute Alkoholgehalt in Litern mit 45 Prozent als Norm gilt. Eingeführte Litrö dürfen nicht mehr als 45 Prozent Alkohol enthalten und nicht in Flaschen von weniger als 1/2 Liter eingeführt werden. Zur Feststellung des Gehalts an reinem Alkohol in hochprozentigen Originalergzeugnissen sind folgende Normen festgesetzt worden: Für Arrak 60 Prozent, Kognak 60 Prozent, Rum 75 Prozent, kosmetische Erzeugnisse 75 Prozent, Parfüm 80 Prozent, Extrakte und Essenzen 70 Prozent des Raumhahls. — Der den inländischen Bedarf übersteigende Spiritus in rohem oder gereinigtem Zustande kann von genossenschaftlichen Organisationen mit Genehmigung des Ministers ausgeführt werden.

wo. Die Buntmetalllager in Rußland werden, soweit sie bereits erschöpft sind, vom geologischen Komitee der Moskauer Zentralverwaltung wie folgt angegeben: Die Kupfervorkommen im Ural enthalten eine Menge von 875 000 Tonnen, im Goum. Aesthet 8400 Tonnen, in Transkaukasien 51 500 Tonnen, im Kasakstan 144 000 Tonnen, im Altaigebirge 92 000 Tonnen. Die Vorräte an Nickel im Ural betragen annähernd 14 000 Tonnen, die Zinkvorräte im Dnestrgebiet ca. 2000 Tonnen, die Vorräte an Blei und Zink im Altaigebirge 1 318 000 Tonnen, im Fernen Osten 295 000 Tonnen, im Kaukasus ca. 77 000 Tonnen. Die angeführten Buntmetallvorräte reichen für die Buntmetallindustrie nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit und genügen nicht, um diesen Industriezweig bis zu dem Maße zu entwickeln, der den Bedarf des Staates voll decken könnte. Allerdings stellen die bereits ihrem Werte und Umfang nach festgestellten Vorkommen an Buntmetalllagern nur einen unbedeutenden Teil der in Wirklichkeit vorhandenen, aber noch nicht näher erschöpften Vorräte dar.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einbersenden versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen.

G. G. in T. Für die 600 000 Mark haben Sie nur 25 Groschen zurückzahlen — das war der Wert des Geldes bei seiner Ausgabe.

Julius P. in B. Sie hatten zu zahlen 157,35 M. (15 Prozent) und gezahlt haben Sie durch die Rückzahlung des Betrages im April 1921 6 M., folglich haben Sie noch nachzahlen 151,35 M.

G. H. 100. Sie können u. E. Aufwertung beanspruchen, da der Schuldner, wie uns aus Ihrer Darstellung ersichtlich zu sein scheint, in keine gültige Quittung in Händen haben kann. Immerhin hätten Sie dem Vertragsgegner, gleich nachdem Sie von der Zahlung Kenntnis erhalten hatten, mitteilen können, daß Sie das Geld nicht annehmen.

A. H. in P. 1. Sie brauchen nur 15 Prozent zu zahlen. Der Danziger Gläubiger hat kein Recht, von seinem Schuldner in Polen die Anwendung des Danziger Rechts zu verlangen. 2. Unserer Ansicht nach ist das Verlangen der Kreisbank unbegründet.

C. Die rückständigen Zinsen werden zu dem alten Zinssatz berechnet, auf 15 Prozent reduziert und dem Kapital zugesetzt. Verlangt der Gläubiger für die Zukunft mehr Zinsen, dann ist Vereinbarung nötig.

Fr. 1000. Wir wissen nicht, um welche Kreisbank es sich handelt und kennen demzufolge auch nicht deren Geschäftsbetrieb. Macht sie nur Bankgeschäfte, d. h. schafft sie nur Geld an und verleiht es, dann ist sie eine Bank im Sinne des § 66 des deutschen Aufwertungsgesetzes vom 18. 7. 25 und merkt Einlagen nicht an.

G. P. P. 1. Wenn es sich um eine Darlehenshypothek handelt, was wir nicht mehr im Gedächtnis haben, so sind 15 Prozent = 143,60 M. zu zahlen. 2. Auf die Art des Grundstückes kommt es bei der Festsetzung des Aufwertungsmaßes nicht an.

Fr. 1000. Das Verlangen des Berliner Rechtsanwalts ist gesetzlich unbegründet. Nach deutschem Recht könnte ja auch in diesem Falle auf Grund der „Mündigkeit“ eine Aufwertung stattfinden, aber hier kommt nicht deutsches, sondern polnisches Recht in Frage, und dieses kennt die „Mündigkeit“ nicht. Etwas anderes ist es allerdings, ob Sie nicht der Gläubigerin, nachdem Sie sich infolge der geistlichen Unerfahrenheit Ihrer Vertragsgegnerin auf so billige Weise Ihrer Schuld entledigt haben, aus freien Stücken etwas nachzahlen wollen.

P. 100. Die „Deutsche Währung“ besteht noch Danziger Straße 22, III.

A. H. 1000. 1. Aufwertung 15 Prozent = 277,65 M.

2. Die Zinsen bis 1. 7. 24 nach dem alten Zinssatz berechnet und auf 15 Prozent der Summe herabgesetzt werden dem Kapital zugerechnet. Vom 1. 7. 24 erfolgt direkte Zinszahlung an den Verrechtigten. Zinssatz nach Vereinbarung. 3. Die Hypothek ist zwar am 1. Juli d. J. fällig, aber es ist zweckmäßig, den Gläubiger etwa 1/4 Jahr vorher darauf hinzuweisen, daß die Schuld an dem genannten Datum getilgt werden wird. Der Gläubiger hat das gesetzliche Recht, die Annahme des Geldes zu verweigern, tut er es dennoch, dann können Sie es hinterlegen und auf Lösung klagen.

P. L. in A. Schreiben Sie der Gläubigerin. Sie wollen ihr das Geld aufwerten, wie es das polnische Gesetz bestimmt, nämlich auf 15 Prozent = 277,65 M. an Kapital. Dann wollen Sie, ganz wie es das Gesetz vorschreibt, die nicht verzinsten Zinsen bis 1. 7. 24 auf 15 Prozent herabgesetzt dem Kapital zugerechnen. Die Zinsen bis Ende 1922 sind verzinst. Es sind also nur Zinsen für 1 1/2 Jahr auf 15 Prozent herabgesetzt = 16,87 M. zum Kapital zu zählen. Restes macht danach mit den Zinsen aus 204,52 M. Vom 1. 7. 24 zahlen Sie die Zinsen direkt an die Gläubigerin.

C. H. 1025. 1. Wird auf etwa 60 Prozent = 221,80 M. aufgewertet. Einen Ausgleich für den Rückgang des Notw können Sie nicht fordern. Das Wort Kindergeld oder Mündelgeld kommt in der ganzen Aufwertungsverordnung nicht vor. Als sog. Kindergeld gelten Forderungen auf Grund des § 20 I a. a. D. 2. Im zweiten Falle handelt es sich um Mündelgeld — Aufwertung etwa 60 Prozent. 3. Schuldzinsforderungen aus der Zeit vor dem 1. Januar 1922 werden mit 10 Prozent des Goldwertes aufgewertet, ganz gleichgültig, ob die Forderungen vor dem Kriege entstanden sind oder später. Restaufgeld wird ohne Rücksicht darauf, ob es hypothekarisch gesichert ist, auf etwa 60 Prozent umgerechnet. Gelieferte Baumaterialien und ähnliches fällt alles unter den Begriff Kaufgeld.

Graudenz.

Konzert- und Kunstveranstaltungen
der Buchhandlung
Arnold Ariedte, Grudziadz

Mittwoch, den 10. März 1926,
pünktlich 8 Uhr im Gemeindehause:
Seitene Kunst
Josma Gelim
Dr. Ralph Benachth

Programm: I. Carrière. Der Roman eines Mädchens in fünf Chansons.
II. Chansons von heute u. morgen.

Kritiken: Berliner Zeitung: Stundenlang möchte man die Augen schließen und sie, nur sie hören. Und man erwacht wie aus einem Märchen. — B. 3. am Mittwoch: Es durchbrausen Stürme des Lachens den Saal. Keine bringt wie sie den schwebenden, wiegenden Rhythmus d. Wiener Walzers, den unvergänglichen Zauber d. echten Wiener Liedes. — Berliner Tageblatt: Die Hörer jubelten über sich selbst, weil sie es fertig bekamen, fast einen ganzen Abend lang aus vollem Herzen zu lachen.

Eintrittskarten: 21 5., —, 4., —, 2.50 und 1.50 zuzügl. Stadt. Steuer u. Gardebote nur in der Buchhandlung Arnold Ariedte, Grudziadz, Mickiewicz 3.

KUNSTSCHIEFER

Das leichteste, bewährte Hartdach.

Viele Anerkennungen aus Landwirtschaft, Industrie usw.

Besonderes Verfahren für
schadhafte Schindeldächer

Aug. Wopp, Bedachungsgeschäft, Grudziadz

Toruńska 21.

Telefon 272.

Stroh

Koggen-, Weizen- oder
Hafer-Drallgepreß
Stroh waggontweife abLandw. Großhandels-
gesellschaft m. b. H.
Grudziadz - Tel. 988.

2625

Kellnerlehrling

polnisch und deutsch
sprechend, gesucht. 295Hotel
„Goldener Löwe“
Grudziadz.

Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung,
zu billigen Preisen.A. Dittmann, G. m. b. H., Bromberg
Wilhelmstraße Nr. 16.

Deutsche Bühne Grudziadz.

Mittwoch, den 3. März 26

abends 8 Uhr im Gemeindehause

Zum ersten Male:

„Die Frau ohne Ruß“

Operette in 3 Akten von Walter Kollo.

Sonntag, den 7. März 26: „Die Frau ohne Ruß“. Reserv. Karten bis 3. 3. cr. im Geschäftszimmer Mickiewicz 15.

Thorn.

Rechtshilfe

i. Straf-, Zivil-, Steuer-,
Wohnungs- u. Hypo-
theken-Sachen. Unter-
suchung v. Klagen, An-
trag., Uebersetzung, usw.
Adamski, Rechtsberat.
Toruń, Sułkiewicza 2.
1747Alte künstliche
Gebisseu. Zähne mit Stiften
(Platin) taucht u. zahlt
immer noch gut 2042Uhrmachergeschäft
Toruń, Ratajczyna 12.Vollständiger
Ausverkaufwegen Geschäftsaufgabe
Anzug
Paletot
Hosen
Uniform
Damensowie alle übrige Waren
verkauft, um schnellstens
zurückzukaufen, die Geschäfts-
einrichtung ist sehr
preiswert abzugeben.

B. Doliva, Artushof.

2140

Polen und Tschechen.

Der Plan einer westslawischen Wirtschaftsunion.

(Von unserem Warschauer Vertreter.)

Der polnische Adler und der tschechische Löwe beschließen, ihre Herrschaftsgebiete zu vereinen. So fängt keine Tierfabel an, deren Dichter sich zwar unwahrscheinliche aber keine undenklichen Gedankenverbindungen leisten, sondern — mit diesem Bild, das auf dem Hintergrund der grünen Internationale in weiß und rot markiert wird, wird gegenwärtig große Politik getrieben. In Polen vor allem durch den in Zentrum des parlamentarischen Lebens stehenden Bauernführer Witos, in der Tschechoslowakei in erster Linie durch den agrarischen Ministerpräsidenten Suchla. Die Parteigänger dieser beiden Männer nahmen sich der Idee voller Begeisterung an. Die Einleitung zu dem neuen Staatenbündnis soll nach Ansicht dieser Kreise in einer Zollunion zwischen Polen und der Tschechoslowakei zum öffentlichen Ausdruck kommen.

Der wirtschaftlich schwächere der beiden genannten Staaten ist bekanntlich Polen, der politisch schwächere dagegen die Tschechoslowakei. Polen hofft durch die Annäherung an die Tschechoslowakei hauptsächlich ökonomisch zu erstarren, die Tschechoslowakei glaubt dagegen eine Stärkung ihrer politischen Stellung zu erlangen. Die nationalistischen Kreise Polens erwarten außerdem, daß die Wirtschaftsunion der beiden westslawischen Völker den Anfang zu dem sehnlichst angestrebten Zusammenschluß der verschiedenen Balkan- und Balkanumstaaten bilden würde. Polen hätte die Führung dieser Staatenunion, die vom Baltischen Meere bis zum Schwarzen Meere reichen würde, zu übernehmen. Der Staatenbund würde die vier baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen), ferner Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Südserbien und Bulgarien umfassen, und einen „unübersteigbaren Wall“ zwischen Deutschland und Rußland bilden. Diese Union würde im Völkerkongress eine gewichtige Rolle spielen, außerdem hätte Polen als Großmacht die Rechte der kleineren Verbündeten im Völkerbund wahrzunehmen, wo es einen ständigen Sitz erhalten müßte. Darum treten auch die amtlichen Organe verschiedener Regierungen der neuen Staaten für einen ständigen Sitz Polens im Völkerbund ein. Die nationalistischen Kreise Polens haben die anderen Staaten etwas ängstlich gemacht. So schrieb kürzlich die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska Poranna“: „Polen ist der Hauptfeind, der den nachkriegszeitlichen Bau Europas trägt; wenn dieser Pfeiler in irgend-einer Weise angetastet würde, so würde das ganze Gebäude zusammenstürzen, und in den Trümmern lägen nicht allein die osteuropäischen Staaten, sondern auch die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien usw.“ Es ist unerbört, wie wenig Rücksicht gerade unsere laute Patrioten über die polnische Staatsidee verraten, wenn sie sich mit derart trüben Horoskopen abgeben!

Mit der polnisch-tschechischen Wirtschaftsunion soll es also anfangen. Bei der Tschechoslowakei spielt hauptsächlich der politische Gedanke mit, daß man durch eine Union mit Polen einem Aufschluß Österreichs an Deutschland zuvorkommen und die Wiener Einflüsse in Schach halten will. Die wirtschaftlichen Motive, die die Tschechoslowakei bewegen, für den Unionsgedanken so lebhaft einzutreten, ist die feste Überzeugung aller tschechischen Wirtschaftskreise, daß die Tschechoslowakei als der wirtschaftlich stärkere Staat durch Polen, den wirtschaftlich schwächeren Staat, großen Gewinn erringen würde. Vorübergehend wäre natürlich auch der politische Gewinn Polens durch das Zustandekommen dieser Union groß. Doch wäre dies ein rein faktischer, aber kein praktischer Gewinn, was wir weiter unten beweisen werden.

Von dem Verfechter des Unionsgedankens wurde vielfach auf das frühere Österreich-Ungarn hingewiesen und dabei gesagt, daß die jagiellonischen Ideen zu einer realen Union zwischen den beiden Staaten führen würden. In Österreich-Ungarn wurden seinerzeit Zollfragen immer für zehn Jahre geregelt. Entscheidungen über außenpolitische Fragen und Verträge hatten Delegationen beider Staaten zu treffen. Direkte Steuern und staatliche Monopole erledigten die Parlamente nach vorangegangener Beratung der Regierungen. Mit Recht sagt eine Warschauer Handelszeitung, daß, wenn zwei Staaten eine wirtschaftliche Union eingehen, diese Staaten ein gemeinsames Zollterritorium haben müssen, daß in den beiden Staaten ein und dieselben direkten Steuern und Monopole eingeführt werden müssen, weil sonst die finanziellen Bestrebungen des einen Staates durch die Konkurrenz des zweiten Staates neutralisiert werden. Die Handelszeitung warnt Polen vor der Zollunion mit der Tschechoslowakei und führt dabei an, daß die ökonomischen Vorteile oft von den politischen Interessen der Staaten abhängig sind; jezt oft müsse man für die politische Unterstützung mit Nachgiebigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet zahlen oder umgekehrt. Wohl gäbe es Staaten, die sich wirtschaftlich ergänzen, andere wieder, die sich in den wichtigsten Produktionszweigen der Menge nach unterscheiden, aber doch dieselben Hauptproduktionszweige, und dieselben Hauptgegenstände des Exports besitzen. Solche Staaten ergänzen sich nicht. Eine Zollunion zwischen den beiden Staaten würde nur dem wirtschaftlich stärkeren, dem in industrieller und handelspolitischer Art mehr entwickelten Staat von Nutzen, dem anderen dagegen von Nachteil sein. Der schwächere ist aber Polen. Das ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Produktions- und Ausfuhrziffern der beiden Staaten. 75 Prozent der Ausfuhr der Tschechoslowakei geht nach Deutschland, 66 Prozent des Exports der Tschechoslowakei geht nach denselben Staaten und Polen. Polen führte im Jahre 1924 für rund 1,2 Milliarden Zloty aus, die Tschechoslowakei für 2,3 Milliarden Goldfranken. Die Einfuhr nach Polen betrug im Jahre 1924 1,2 Milliarden Zloty, die Einfuhr nach der Tschechoslowakei 2,2 Milliarden Goldfranken. Diese Ziffern beweisen deutlich die wirtschaftliche Überlegenheit der Tschechoslowakei über Polen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Tschechoslowakei nur die Hälfte der Einwohnerzahl Polens umfaßt. Beide Länder fanden sich bisher auf denselben Auslandsmärkten als Konkurrenten gegenüber. Bei dem Zustandekommen einer Zollunion würden die tschechischen Waren die polnischen von den in Frage kommenden Auslandsmärkten verdrängen, weil die tschechische Produktion die polnische an Qualität übertrifft und weil die tschechischen Exporteure außerdem in der Lage sind, den ausländischen Abnehmern ihrer Waren längere Kredite zu gewähren, während die Exporteure des goldarmen Polens hierzu nicht in der Lage sind. Besonders groß ist die Überlegenheit der tschechischen Textilindustrie über die polnische. Der tschechische Export von Baumwollstoffen betrug im Jahre 1924 rund 1.061.000 Doppelzentner, der polnische 410.000 Doppelzentner. Eine wichtige Rolle beim Export der beiden Staaten spielt auch der Zucker. Die polnische Zuckerausfuhr betrug im Jahre 1924 rund 231 Millionen Zloty, die tschechische 3748 Millionen Kronen, also mehr als das Doppelte. Die jetzt nur noch vegetierende polnische Zuckerrindviehzucht würde durch die überlegene tschechische Zuckerrindviehzucht nach dem Zustandekommen der Zollunion zum raschen Absterben verurteilt sein. Von landwirtschaftlichen Erzeugnissen führt Polen hauptsächlich Rinder, Schweine, Roggen und Kar-

toffeln aus, wobei die Tschechoslowakei ein unbedeutender Abnehmer ist. So führte Polen im Jahre 1924 nach der Tschechoslowakei 57.900 Tonnen Roggen, nach Deutschland dagegen 238.000 Tonnen aus. Im ersten Halbjahre 1925 stellte sich die polnische Rinder- und Schweineausfuhr nach der Tschechoslowakei auf 16,4 Millionen Zloty, nach Deutschland auf 82,7 Millionen Zloty. Die Zollunion würde übrigens den Tschechen die beste Gelegenheit verschaffen, um die polnische Produktion auf den eigenen polnischen Märkten zu schlagen. Vor allem würde die Tschechoslowakei die mühsam eingedrungenen polnischen Erzeugnisse aus Kleinpolen (Galizien) verdrängen, wo die alten Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei immer noch bestehen und nur durch die Protektionspolitik der polnischen Regierung vorübergehend unterbrochen worden sind.

Die Zollunion zwischen den beiden Staaten hätte für Polen nur dann einen Sinn, wenn Polen darauf verzichten wollte, irgend eine Rolle als industrieller Staat zu spielen und wenn es sich dafür um so intensiver der Entwicklung seiner Agrarkultur widmen wollte. Darauf aber wird Polen schwerlich eingehen können, denn dies wäre sein vollkommener wirtschaftlicher Ruin, dem der politische Erfolg folgen würde. Der anfänglich tatsächliche Gewinn würde alsbald wie eine Seifenblase zerplatzen. Polens vierte Teilung wäre unabwendbar.

Jetzt sehen wir uns einmal die raue Wirklichkeit an! Die polnische Presse verschweigt schamhaft, daß Polen die letzten tschechischen Vektoren noch nicht einmal zu einem normalen Handelsvertrag zu gewinnen vermochte. Der im Juli zustande gekommene Vertrag wurde von der Tschechoslowakei noch nicht ratifiziert, wobei die Tschechen gegen jede polnische Forderung Protest einlegten und immer wieder drohten, daß sie den Vertrag nicht ratifizieren würden, wenn man ihnen nicht diese und jene Konzessionen machen würde. Im Januar wurde die Ratifizierung neuerdings verschoben, und seitdem finden zwischen Prag und Warschau heftige Streitigkeiten wegen neuer Konzessionen an die Tschechen statt. Die Tschechoslowakei hat übrigens gegen das Präliminarium mehrfach protestiert. Was ist a. B. aus der Weizsäcker-Konferenzklausel geworden, die der polnischen Kohle von Seiten der Tschechoslowakei zugesichert worden war? Man hat der deutschen Kohle noch größere Konzessionen gemacht. Polen gegenüber verlegt man sich aber auf Drohungen. So will die Tschechoslowakei Polen von vornherein an den merkwürdigen Geist der Wirtschaftsunion angewöhnen.

Nur vollkommene wirtschaftliche und politische Analphabeten können in Polen ernsthaft den utopischen Gedanken einer polnisch-tschechischen Wirtschaftsunion propagieren. Da sich hier aber sogar angesehene Politiker und Abgeordnete für die Union einsetzen, so könnte man hieraus Rückschlüsse auf das geistige Niveau mancher polnischer Politiker ziehen. Das wäre aber verfehlt. Man muß den verschlagenen Bauernführer Witos genau kennen: Nach Prag ist sein Gesicht zugewandt, aber nach Berlin schielt er. Mit der polnischen Propaganda betreibt der polnisch-tschechischen Zollunion will man nur Deutschland nahelegen, so schnell wie möglich den Handelsvertrag mit Polen abzuschließen. Die polnischen Nationalisten vergessen auch, daß die Tschechoslowakei eine gemeinsame Grenze mit Rußland anstrebt, die sich nach Prags Ansicht ohne die Zuteilung Ostgaliziens und Wolhyniens an Rußland nicht verwirklichen läßt. Zu welchem Zweck aber strebt die Tschechoslowakei die direkte Grenze mit Rußland an? Doch nur, um ihre industriellen Erzeugnisse um so leichter auf den russischen Markt werfen zu können, das heißt: auf denselben Markt, um den sich die polnische Industrie so sehr bemüht und bemühen muß.

Zum jüngsten Zlotykurs.

Warschau, 27. Februar. In seinem letzten Exposé über die finanzielle Lage sagte der Finanzminister Zdzichowski, daß der letzte Kurseinbruch des Zloty mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Lodzer Industrie im Zusammenhang stehe. Die Lodzer Textilindustrie hätte große Aufträge erhalten, sie habe darum ausländische Rohstoffe kaufen müssen, wofür sie mit ausländischen Werten zahlen mußte. Finanzminister Zdzichowski ist damit unter die orientalischen Märchenerzähler gegangen. Die Lodzer Industrie kauft nämlich ihre Rohstoffe hauptsächlich gegen Kredit. Wohl haben einige Lodzer Industrielle gegenwärtig ausländische Werten benötigt, um ihren ausländischen Verpflichtungen nachzukommen, diese Summen waren jedoch unbedeutend, sie konnten nicht in dem Maße auf den Kurszustand der polnischen Werta einwirken, wie das tatsächlich der Fall war, oder es müßte um die polnische Werta schon geradezu katastrophal stehen. In Wirklichkeit ging der Vorstoß gegen die polnische Werta hauptsächlich vom Ausland aus. In der Wiener Börse war, wie Wiener Zeitungen feststellten, ein Zloty-Überangebot schon seit längerer Zeit zu beobachten. Nur dank der Intervention der Bank Polsti ist der Zlotykurs hier nicht schon längst gesunken. In letzter Zeit aber hatte die Bank Polsti ihre Intervention sehr eingeschränkt, was wohl darauf zurückzuführen war, daß ihre Interventionskredite in England, wofür sie Gold hatte versenden müssen, aufgebraucht wurden. Erst nachdem die Bank Polsti einen neuen Interventionskredit in Höhe von einer Million Pfund Sterling erhalten hatte, wofür sie abermals 26 Millionen Goldzloty versenden mußte, konnte sie die Intervention weiter betreiben. Wie lange aber?

Die häufigen Kurseinbrüche des Zloty zeigen, daß die Valutapolitik der Bank Polsti sich auf vollkommen falschen Bahnen bewegt, und bei dem ewigen Schwanken wird das Wirtschaftsleben aufs schwerste geschädigt. Wie soll der Kaufmann, der Produzent kalkulieren, wenn der Zloty binnen einer Woche um 10 Prozent im Werte sinkt?

Als Minister Zdzichowski das Finanzministerium übernommen hatte, gelobte er, den Zlotykurs langsam zu heben. Es blieb aber bei den Versprechungen, denn der Zlotykurs steht heute tiefer, als am Tage, da er dieses Versprechen im Sejm gegeben hatte. Und da die Nationaldemokraten sehen, daß ihr über alle Maßen gepriesener Finanzminister versagt, suchen sie die Aufmerksamkeit von ihm abzulenken.

Der Fall Heinemann.

Der zu Unrecht Enteignete erhält keine Entschädigung, sondern soll noch zahlen!

Interpellation

des Abg. Graebe und Genossen von der Deutschen Vereinigung und anderer Abgeordneter an den Herrn Finanzminister wegen unberechtigter Maßnahmen des Hauptliquidationsamtes in Polen.

Über den Besitz des Anstaltlers Friedrich Heinemann in Erlau (Mähren) bei Ratel wurde am 20. 12. 1920 die Liquidation ausgeschrieben, dieselbe aber im September 1922 zurückgestellt; auf Grund einer einstweiligen Verfügung

des Obersten Verwaltungsgerichtshofes. Friedrich Heinemann ist zwar Reichsdeutscher, seine Frau erfüllt aber in ihrer Person die Bedingungen zur Erlangung der polnischen Staatsangehörigkeit. Das ist zweifelhaft auf höheren Befehl seitens des Bezirkskommissars in Ratel festgesetzt. Beide Ehegatten leben seit ihrer Eheschließung in Österreich gemeinsam.

Da nach der Wiener Konvention Art. 8, § 1 die Frau vom 10. bis 31. Januar 1920 polnische Staatsangehörige war, unterliegt ihr Anteil am Besitz nicht der Liquidation, und da sie mit ihrem Mann in Österreich lebte, ist auch der Anteil ihres Mannes nicht liquidierbar.

Das Liquidationsamt muß die einschlägigen Verhältnisse kennen; trotzdem hat es im August 1925 den Heimannschen Besitz nochmals taxieren lassen und hat ihm unter 15. 1. 26 mitgeteilt, daß er als Liquidationsentschädigung 24.000 Zloty erhalten, dagegen für Liquidationskosten 26.000 Zloty bezahlen sollte, und daß sein Nachfolger innerhalb einer Woche eintreffen würde. Tatsächlich erschien dieser am 18. Januar d. J. und wurde ihm von dem eigens dazu Bevollmächtigten Gemeindevorsteher — nicht wie sonst üblich, vom Bezirkskommissar — die Wirtschaft samt Inventar und Geräte übergeben. Praktisch soll danach Heinemann nicht nur seinen Besitz entschädigungslos verlieren, sondern außerdem noch 2000 Zloty zahlen, obwohl in der Wirtschaft volles Inventar und noch die halbe Getreideernte vorhanden ist.

Es liegt hier ein flagranter Rechtsbruch vor, der gegen den klaren Wortlaut der Wiener Konvention von 1924 Art. 8 § 1 und gegen die polnischen Gesetze resp. gegen die polnische Verfassung verstößt. Außerdem liegt hier ein Beweis vor, wie das Liquidationsamt die Entschädigungsfrage handhabt.

- Was gedenkt der Herr Minister zu tun:
1. um derartige Mißgriffe und Rechtsbrüche seitens des Liquidationsamtes in Polen und seines Leiters für die Zukunft zu verhindern, die dem Ansehen des polnischen Staates im Auslande den allerschwersten Schaden bereiten?
 2. um die Kosten für die Liquidationen so niedrig zu halten, daß für die Liquidierten eine namhafte Entschädigung ausbezahlt werden kann?
 3. um die in diesem Falle vom Liquidationsamt getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen und die Betroffenen zu entschädigen?

Warschau, den 25. Februar 1926.

Die Interpellanten.

Schwere Mißhandlungen durch Polizeiorgane.

Interpellation

des Abgeordneten Pantrach und Gen. von der Deutschen Vereinigung an den Herrn Minister des Innern wegen brutaler Mißhandlungen an Untersuchungsgefangenen und anderer Übergriffe durch Polizeiorgane.

„Seit einiger Zeit wird ein Teil der Bevölkerung der Stadt Schults, Kreis Bromberg, von dem dortigen Polizeigewaltigen Oberwachmeister Konczal und seinen Untergebenen terrorisiert. Passiert beispielsweise irgendwo ein Diebstahl, so arbeitet der erwähnte Beamte nach folgender Methode:

Jemande eine Person der Nachbarschaft wird von diesem Herrn verhaftet und auf dem Polizeibüro dermaßen geschlagen und gefoltert, bis der vor Schmerzen Gepeinigete und Unschuldige, um weiteren Mißhandlungen und Qualen zu entgehen, gesteht, er habe selber das in Frage kommende Vergehen begangen. So wurde der Besitzer F. aus Schults, Straße „von Konczal ungeschuldig verhaftet und von ihm im Polizeibüro unter Assistenz anderer Polizeibeamten mit den Fäusten dermaßen ins Gesicht und Genick geschlagen, daß die Augen aufschwollen. Eine Kette wurde dem Verhafteten so fest um das Handgelenk gedreht, daß das Blut rundherum herausquoll. Der Arm schwoll hierdurch ganz dick an und sah vollkommen schwarz aus. Des weiteren bedrohte man F. mit Todesstrafe. Ein ärztliches Attest, das ich in Besitz habe, bestätigt die Folgen der Mißhandlungen, die sich über zwei Tage erstreckten.

Selbst in Zivil nimmt Herr Konczal dienstliche Handlungen vor, verhaftete u. a. Herrn K., brachte ihn ins Büro, wo Mißhandlungen erfolgten. Am 10. d. M. entging den Folterungen des Oberwachmeisters und seiner Trabanten der schuldlos verhaftete Besitzer G. nur dadurch, daß er ein bereits fertiggestelltes Protokoll unterschrieb. Selbst gegenüber Frauen zeigt Konczal sein rohes und brutales Wesen. So wurde die Frau N. und ihr Kind ohne jeden Grund von ihm mißhandelt und eine Treppe heruntergestoßen.

Der Kriminalkommissar Bibrowicz-Bromberg (jetzt Polizeikommandant in Gnesen) glaubt sich alles straflos erlauben zu können, da er, wie er sich zu seinen Untergebenen oftmals geäußert hat, „niczego się nie obawia, ponieważ ma dobre plecy w Poznaniu i wszystko idzie do kosza“ (keine Angst hat, weil er gute Rückenbedeckung in Posen hat und alles in den Papierkorb wandert). So haben bis heute folgende Fälle keine Sühne gefunden, trotzdem sogar von Polizeiseite aus (Oberwachmeister K. in Bromberg) Strafantrag vor einem Jahr gestellt wurde. Der siebzehnjährige Kaminierer Bagane (Erlau) wohnte in Bromberg) wurde auf seinen Befehl dermaßen geschlagen (Zeugen die Beamten K., F. und B.), daß der Knabe an Lungenerkrankung und schwer erkrankte und an den Folgen der Mißhandlungen starb. Bibrowicz wohnte den Torturen mit den Händen in der Tasche bei und amüsierte sich unter Lachen über das Geschrei und Stöhnen.

Bibrowicz bringt bei seinen Mißhandlungen folgende Methode zur Anwendung: er wirft den Arrestanten eine Decke über den Kopf, damit sie ihre Umgebung nicht sehen können und damit man das Geschrei weniger hört. Nach dem Schlagen, wobei die Mißhandelter größtenteils in Ohnmacht fallen, läßt er seine Opfer mit kaltem Wasser befeuchten, um sie ins Bewußtsein zurückzurufen. Besonders schwer waren die Torturen, die Bibrowicz gegenüber den Arrestanten Roßbart und Kniegelenk anwandte. Letzterer wurde grün und blau geschlagen. Gerichtlicherseits ist dieser Fall trotz Lage des Oberwachmeisters K. bis heute noch nicht erledigt worden. Als Zeugen nenne ich die Polizeibeamten M., G., B., G., K. Selbst die ihm untergebenen Polizeibeamten hat Bibrowicz ins Gesicht geschlagen.

Untergebene, die die schweren Dienstvergehen des Kommissars Bibrowicz weitermeldeten, wurden dadurch ungeschädlich gemacht, daß Bibrowicz der Disziplinarcommission irrend eine Anschuldigung gegen den mitleidigen Beamten mitteilte, worauf dessen Entlassung erfolgte. So väterte dies dem Kriminalbeamten K. in Bromberg, trotzdem dieser, nachdem er selbst ein Verfahren gegen sich beantragt hatte, gerichtlich freigesprochen wurde. Doch die „silne plecy w Poznaniu“ (die starke Rückenbedeckung in Posen) sicherte Herrn Bibrowicz den Triumph trotz des Gerichtspruches, und der mitleidige Beamte floh.

Als Zeugen über die „silne plecy w Poznaniu“ nenne ich die Polizeibeamten D., R., B., G., L., G., Z.

Ein anderer Untergebener des Herrn Bibrowicz, Kriminalbeamter N., machte sich seinem Vorgesetzten auf andere Art verhasst. Bibrowicz ließ sich nämlich von N. — auch von dem Kriminalbeamten B. — die verschiedensten Sachen

besorgen, nämlich mehrere Flaschen Cognat, Kohlen, Holz usw. Die Untergebenen mußten den größten Teil des Geldes aus der eigenen Tasche bezahlen; wagten sie es, den Herrn Vorgesetzten zu mahnen, dann waren sie mit einem Male, unfähige Leute, mit denen er nicht arbeiten konnte. Und alles zitterte vor den „silne pley w Poznaniu“.

Der Beamte G. holte sich auf folgende Art die Rache seines Vorgesetzten Bibrowicz und später auch seine Entlassung. G. war es nämlich gelungen, ein Verbrechen (Bankrottstreichung) Styronecki und Kosakowski zu entdecken und in die Anwartschaft auf die ausgesetzte hohe Belohnung zu kommen. Nach Entdeckung kam Bibrowicz zu ihm und bat seine nicht mehr nötige Mithilfe an, wenn G. ihm die Hälfte der Belohnung abstreten würde. Bekannter lebte dies natürlich ab. Wie groß war aber das Entsetzen aller Beamten, als sich später herausstellte, daß Herr Bibrowicz 8½ mal mehr Belohnungsanteil (850 Millionen Mark) erhielt als der eigentliche Entdecker, sein Untergeordneter G. (100 Millionen Mark). Diesem waren hierdurch noch nicht einmal die eigentlichen Kosten für Fahrten usw. ersetzt worden. Später erhielt Herr Bibrowicz für diesen Fall noch weitere 4000 Zł Belohnung.

Da es G. nicht gelang, durch eine Beschwerde auf dem Dienstwege zu seiner Belohnung zu kommen, und da er annahm, daß seine Vorgesetzten die Beschwerde überhaupt nicht an das Ministerium des Innern bekanntschickten, versuchte er es noch einmal durch den ihm bekannten Leutnant Daszkiewicz, Kommandant der Militärgeheimarmee, mit dem Erfolg, daß er zwar vom Finanzministerium, Departement Alkonow Monopolu, am 17. 4. 25 (Pr. 1976 W. R.) 200 Zł als Belohnung übermiesen erhielt, kurz darauf jedoch vom Posener Polizeibezirkskommandanten Dr. Dasz mit sieben-tägigem Arrest bestraft wurde, weil der Dienstweg nicht innegehalten war. Außerdem erklärte Kommissar Bibrowicz öffentlich, daß G. fliehen werde und daß er „silne pley w Poznaniu“ habe und „wszystko osiagnie co sobie zyczy“ (alles erreichen, was er wolle). Im übrigen brauche er nichts zu fürchten, da alle gegen ihn gerichteten Meldungen in den Papierkorb wandern. Kurz darauf wurde G. auch wirklich entlassen oder, wie man sagt, „reduziert“.

In Anbetracht dieser Fälle wird der Herr Minister des Innern um Antwort auf folgende Fragen gebeten:

Was gedenkt er gegen die Beamten zu unternehmen, die Arrestanten mißhandeln?

Beabsichtigt er ein Verfahren gegen Herrn Bibrowicz wegen seiner anderen Verbrechen zu eröffnen?

Ist er bereit, im Falle Bibrowicz statt der „silne pley w Poznaniu“ auch andere, untere Beamte, die zum Teil entlassen sind, zu vernehmen?

Gedenkt er die aus reinen Nachemotiven entlassenen Untergebenen des Herrn Bibrowicz wieder einzustellen?

Warschau, den 25. Februar 1926.

Die Interpellanten.

Ein sensationeller Presseprozeß.

Der ehemalige Ministerpräsident Grabzki als Kläger.

Am Dienstag, den 23. d. M., begann in Krakau vor dem Geschworenengericht der Prozeß gegen den ehemaligen Sejmabgeordneten Johann Stapiński und seinen Sohn, den Journalisten Taddäus Stapiński, welche von dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Finanzminister Wladislaw Grabzki wegen Ehrenbeleidigung angeklagt sind.

Der Tatbestand ist folgender: Taddäus Stapiński hat in seinem Organ „Prawa Ludu“ am 12. Juli 1925 einen Artikel veröffentlicht unter der Überschrift: „100 000 für die von der Überschwemmungskatastrophe Betroffenen und 40 000 für sich selbst.“ Johann Stapiński ist verantwortlich Redakteur dieses Blattes. Beide sind nun angeklagt, daß sie dem ehemaligen Ministerpräsidenten Grabzki vorgeworfen haben, daß er für 50 000 von der Überschwemmungskatastrophe in der Krakauer Wojewodschaft Betroffene eine Ausbühle in der Höhe von 100 000 Złoty angewiesen hat, also 2 Złoty pro Kopf, daß er jedoch bei der Anweisung von Prämien an die Beamten des Finanzministeriums auch sich selbst nicht vergessen und in Anerkennung seiner Verdienste sich selbst 40 000 Zł angewiesen und diese „spezielle“ Entschädigung sich auch auszahlt hat.

Der Beschuldigte Taddäus Stapiński erklärt, daß er den Artikel geschrieben habe, daß er jedoch in gutem Glauben gehandelt und sich auf Informationen gestützt hätte, die ihm von maßgebenden Sejmkreisen zugekommen sind. In ähnlicher Weise rechtfertigte sich auch Johann Stapiński. Daraus hielt der ehemalige Abgeordnete eine politische Rede, in der er dem ehemaligen Ministerpräsidenten vorwirft, daß er während seiner Amtsführung nicht ein Mann „von reinen Händen“ war. Er stellte fest, daß Grabzki während der Zeit, da er Regierungschef war, seinen Vermögensstand sehr gehoben habe. Sein Gut in Lwow, welches nicht besonders florierete, habe er in einen blühenden Zustand gebracht. Außerdem habe er das Gut Golombki im Warschauer Bezirk gekauft, wobei er den eigentlichen Kaufpreis aus Steuerrücklagen verheimlicht habe. Außerdem habe er sich um den Kauf des Gutes Zuluzce bemüht.

Als der Abgeordnete Bartel, der Vorsitzende des Ausschusses, im Juni 1925 eine oppositionelle Rede gegen die Finanzpolitik Grabzki hielt, habe ihn dieser zu sich gebeten und ihn gefragt: „Was veranlaßt Sie zu diesem oppositionellen Standpunkt? Handelt es sich Ihnen vielleicht um irgendwelche Fonds oder Kredite?“ Daraus habe der Abgeordnete Bartel kategorisch sich gegen derartige Fragen verwahrt und das Kabinett des Ministers verlassen.

Die Verhandlung wurde vertagt, um das Beweismaterial zu überprüfen und mehrere Zeugen anzuhören. Als Zeugen werden einvernommen: Der Abgeordnete Bartel, die ehemaligen Minister Michalski, Thunau, Bartel, der Senator Komodowski, der Redakteur der „Nacjonalista“ Nowicki u. a.

Preispruch des „Pommereller Tageblatts“.

Vor dem Dirshauer Schöffengericht hatten sich dieser Tage der Herausgeber des „Pommereller Tageblattes“, Dr. Krull, sowie der Lokalredakteur Goga zu verantworten. Ersterer wurde großer Unfug zur Last gelegt. Er hat einen Glückwunsch der „Detroit Evening Post“ zum Jubiläum des „Pomm. Tgbl.“ zum Abdruck gebracht, in dem dem Dirshauer Blatte zum Schluß gewünscht wird, die dunklen Stunden der Gegenwart glücklich zu überstehen und bald in einem wieder deutsch gewordenen Lande erscheinen zu können. Der Angeklagte erklärte, daß er alle, also auch diesen Glückwunsch wörtlich abgedruckt habe und von einem groben Unfug keine Rede sein könne. Aus einer hinzugefügten Redaktionsanmerkung gehe übrigens hervor, daß die Redaktion die in dem Artikel geäußerten politischen Prophezeiungen nicht ohne weiteres zu ihrer eigenen Meinung mache. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte nach kurzem Plädoyer Freisprechung, worauf Goga, der aus der „Pranda“ einen die politischen wirtschaftlichen Zustände behandelnden, „Das polnische Karussell“ betitelten Artikel abgedruckt hat, wurde ebenfalls ein freisprechendes Urteil gefällt. In diesem Falle hatte der Staatsanwalt 150 Zł Geldstrafe beantragt.

Grabzki verteidigt sich.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Presseprozeß hat der ehemalige Ministerpräsident Wladislaw Grabzki an die Warschauer Presse einen offenen Brief gerichtet, in dem er sich gegen die gegen ihn erhobenen moralischen Vorwürfe verteidigt.

„Seit meinem Rücktritt — schreibt Herr Grabzki — hören gewisse Persönlichkeiten und Gruppierungen nicht auf, meine Ehre anzugreifen. Sie wissen, daß die moralische Kraft der einzelnen Personen die Überzeugungen von ihrer unbedingten Rechtfertigung und Uneigennützigkeit bildet.“

Herr Grabzki betont weiter, daß ihn vor den mit offensichtlich bösem Willen erhobenen Vorwürfen nicht die der öffentlichen Arbeit gewidmete Vergangenheit und bescheidene Lebensweise geschützt habe. Letztere würden sogar unter den Professoren einer Universität Gerüchte verbreitet und geglaubt, die seine Ehre antasteten. Er sehe sich daher gezwungen, die verbreiteten Lügen zurückzuweisen.

Mitglied der Beamtenbau-Kooperative auf den Namen Staszić sei Herr Grabzki bereits gewesen, ehe er Premier wurde. Als der Bau so kostspielig wurde, daß er seine persönlichen Mittel überstieg, unterbrach er den Bau und trat seine Rechte an einen anderen Beamten ab, wobei er seine Einzahlungen zinslos wiedererhielt.

Von einem Kredite in der Bank Budowlany habe er in keinerlei Weise Gebrauch gemacht. Die auf seinem Erbgute lastenden Vorzugschulden habe er abbezahlt, indem er einen Teil seines Grundbesitzes verkaufte. Die Wohnung in dem P.D.-Gebäude an der Brackastraße habe er unter denselben Bedingungen wie jeder andere Mieter übernommen. Die amtlichen Räume im Finanzministerium und im Präsidium des Ministerrats habe er nicht benutzt. Der Güterkauf in Pommern sei aus der Luft gegriffen. Dollars habe weder er noch seine Familie gekauft. Bargeld besitze er nicht, und er bestreite seinen Unterhalt aus den Einkünften von seinem Erbgute. Herr Wladislaw Grabzki schließt seinen Brief mit folgenden Worten:

„Ich habe hier den gegen mich in den letzten Monaten geführten Feldzug geschildert. Er ist gleichzeitig die Begleitung zu einem gegen mich eingeleiteten politischen Kampfe. Im Ergebnis dieser Kampagne kann sich in den Augen der Öffentlichkeit der Unterschied bei der moralischen Einschätzung von der öffentlichen Sache uneigennützig ergebenden Männern und geschäftlichen, in ihren Mitteln nicht wählerischen Karrierejägern verweisen. Alle diejenigen, die gegen mich die oben erwähnten Anklagen erhoben haben, nenne ich hiermit öffentlich Verleumder.“

Der Transit durch Polen.

Zwischenstaatliche Eisenbahnkonferenz in Warschau.

Am 22. Februar d. J. haben, wie bereits kurz berichtet wurde, im polnischen Eisenbahnministerium die Beratungen der internationalen Eisenbahnkonferenz über den Transit durch Polen begonnen. An der Konferenz nahmen außer den Vertretern Polens, Deutschlands und Sowjetrußlands noch Eisenbahnbevollmächtigte Österreichs, der Tschechoslowakei und Italiens teil. Die interessierten Staaten wollen einen möglichst ungehinderten Transitverkehr über Polen für die Waren- und Personenbeförderung organisieren. Als Vertreter des Eisenbahnministeriums eröffnete der Unterstaatssekretär im Eisenbahnministerium Polens, Ing. Czerwinski, die Eisenbahnkonferenz und begrüßte mit herzlichen Worten die Delegierten des Auslands.

Auf der Konferenz zur Frage des Personenverkehrs wurde beschlossen: 1. Die Leitung des neu geschaffenen Verkehrs der Eisenbahnverwaltung in Warschau zu übertragen. 2. Die Entwurfe dreier Tarife auszuarbeiten, und zwar: a) für den sowjetrussisch-deutschen Verkehr, b) für den russisch-tschechoslowakischen Verkehr, c) für den russisch-österreichisch-italienischen Verkehr.

Der Tarif soll in amerikanischen Dollars berechnet werden; dabei sollen — der „Balt. Presse“ zufolge — die Zahlungen für die Fahrt von Personen und den Transit von Waren in der Galtia der betreffenden Länder nach dem Kurs oder effektiv in Dollar entgegengenommen werden. In derselben Weise sollen auch die gegenseitigen Verrechnungen zwischen den Eisenbahnverwaltungen der verschiedenen Staaten durchgeführt werden. Die Fahrkarten sollen die Gestalt von Kuponheften haben, deren Dedel in den Sprachen des Abfahrts- und Ankunftslandes geschrieben sein sollen. Besondere Kuponen dagegen sollen in der Sprache des Landes abgefaßt sein, auf welches sie sich erstrecken. Die Fahrkartehefte sollen für 30 Tage, vom Datum der Ausstellung, Gültigkeit haben. Zur Bearbeitung der Tarife selber und besonderer Verrechnungsvorschriften soll eine Beamtungskommission in Prag am 4. März d. J. zusammentreten. Die weiteren Verhandlungen waren für den 24. Februar angesetzt und haben auch tatsächlich begonnen. Am Donnerstag, den 25. Februar, fand eine Konferenz in der Frage des Warenverkehrs zwischen Sowjetrußland und Deutschland statt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 23. Februar und 1. März auf 5,1442 Zł festgelegt.

Der Zloty am 27. Februar. Danzig: Zloty 66,42—66,58, Ueberweisung Warschau 66,29—66,46, Berlin: Zloty 53,33 bis 53,87, Ueberweisung Warschau, Polen oder Radowitz 53,66—53,94, Zürich: Ueberweisung Warschau 66,00, Neuport: Ueberweisung Warschau 12,50, Genf: Ueberweisung Warschau 66,50, London: Ueberweisung Warschau 38,00, Czernowitz: Ueberweisung Warschau 31,50, Bukarest: Ueberweisung Warschau 32,00.

Berliner Devisenkurse.

Diskont.	Währ.	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 27. Februar	In Reichsmark 26. Februar
1%	2%	3%	4%	5%
—	—	—	1,711	1,715
—	—	—	4,178	4,188
7,3%	—	—	1,924	1,922
—	—	—	2,175	2,177
5%	—	—	20,388	20,440
—	—	—	4,195	4,205
—	—	—	0,614	0,617
—	—	—	4,305	4,305
3,5%	—	—	167,95	168,40
10%	—	—	6,04	5,93
7%	—	—	19,055	19,055
8%	—	—	80,89	80,87
7,5%	—	—	10,562	10,602
7%	—	—	16,855	16,855
7%	—	—	7,387	7,407
5,5%	—	—	109,56	109,34
9%	—	—	21,245	21,245
6%	—	—	90,99	91,21
6%	—	—	15,42	15,46
6%	—	—	12,415	12,455
3,5%	—	—	80,705	80,715
10%	—	—	3,045	3,045
5%	—	—	59,06	59,10
4,5%	—	—	112,46	112,43
9%	—	—	59,165	59,165
7%	—	—	5,872	5,875
12%	—	—	53,66	53,66

Umtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 27. Febr. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Reichsmark 123,495 Gd., 123,805 Br., 100 Zloty 66,42 Gd., 66,58 Br., 1 amerik. Dollar — Gd., — Br., Sched London 25,1975 Gd., 25,1975 Br. — Telegraph. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling — Gd., — Br., Berlin in Reichsmark 123,371 Gd., 123,679 Br., Neuport — Gd., — Br., Solland 100 Gulden — Gd., — Br., Zürich 100 Fr. — Gd., — Br., Paris — Gd., — Br., Stockholm 100 Kr. — Gd., — Br., Warschau 100 Zł. 66,29 Gd., 66,46 Br.

Warschauer Börse vom 27. Febr. Umtäge. Verlauf — Kauf. Belgien —, Solland 307,60, 308,37—306,83, London 37,60 bis 37,35, 37,44—37,26, Neuport 7,73—7,68, 7,70—7,66, Paris 28,35, 28,42 bis 28,28, Prag 22,73, 22,78—22,68, Schweiz 147,90, 149,27—147,53, Stockholm 205,15, 206,67—205,65, Wien 108,10, 108,37—107,83, Italien 30,90, 30,98—30,82.

Zürcher Börse vom 27. Februar. (Umtlich.) Neuport 5,19%, London 25,26%, Paris 19,13, Wien 73,26%, Prag 15,36%, Italien 208,87%, Solland 208,10, Bukarest 2,20, Berlin 123,76%.

Die Bank Polaki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 7,63 Zł, do. kl. Scheine 7,63 Zł, 1 Pfund Sterling 37,26 Zł, 100 franz. Franken 28,20 Zł, 100 Schweizer Franken 147,53 Zł, 100 deutsche Mark 182,75 Zł, Danziger Gulden 147,85 Zł, österr. Krone 107,83 Zł, tschech. Krone 22,68 Zloty.

Uktenmarkt.

Polener Börse vom 27. Februar. Wertpapiere und Obligationen: 6proz. litw. abozow 5,35, 6proz. dolar. litw. 3,45—3,40, — Bankaktien: Bank Am. Pol. 1.—, Em. 1,00, Bank Przemysl. 1.—, Em. 0,65, Bank Sp. Jar. 1.—, Em. 4,00, Industriaktien: Brom. Krotosz. 1.—, Em. 1,00, Sarmia Katorowicz 1.—, Em. 2,00, Dr. Roman May 1.—, Em. 20,00, Pkono 1.—, Em. 0,07, Tri 1.—, Em. 13,00, Unja 1.—, Em. 3,30, Wym. Chem. 1.—, Em. 0,30, Tendenz: unverändert.

Produktenmarkt.

Umtliche Notierungen der Polener Getreidebörse vom 27. Februar. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Wagon-Lieferung loco Verladestation in Zloty.) Weizen 37,00—39,00, Roggen 19,00—21,00, Weizenmehl (65%, inkl. Sade) 57,50—60,50, Roggenmehl 1. Sorte (70%, inkl. Sade) 32,00—33,00, do. (65%, inkl. Sade) 33,50—34,50, Braugerste prima 21,00—23,00, Gerste 19,00—20,00, Felderbsen 29,00—30,00, Bittererbsen 38,00—42,00, Hafer 20,25—21,25, blaue Lupinen 14,50 bis 16,50, gelbe Lupinen 18,00—20,00, Kartoffelflocken 13,75 bis 14,75, Weizenkleie 16,25—17,25, Roggenkleie 13,75—14,75, Getr. Rübenschnitzel 10,00—11,00, Geradella 20,00—23,00, Braffkartoffeln 2,30. — Tendenz: ruhig.

Warschau, 28. Februar. Auf dem Warschauer Getreidemarkt spielte sich am Sonnabend ein bedeutend ruhigeres Geschäft, als an den Vortagen ab. Da die offizielle Börse nicht versammelt war, überzog in den privaten Geschäftsabslüssen die Nachfrage. Die Preise gestalten sich im allgemeinen schwächer. Es herrscht nach wie vor großer Bargeldmangel. Wenn Kredit erteilt wurde, freilich nur für wenige Tage, so zahlte man höhere Preise. Lebhafteres Interesse bestand für Weizen. Für trockenes Material zahlte man 2 bis 3 Zł. mehr, was höchst wahrscheinlich mit den heranabenden jüdischen Feiertagen im Zusammenhang stehen dürfte. Das Interesse für die Frühjahrsausfaat wächst von Tag zu Tag. Saatfrucht war 2 Zł. teurer, als der Safer an der offiziellen Börse. Doch wurden keine Garantien gegeben, daß der Safer gut gereinigt sei. Brauereigerste ist im Preise etwas gefallen, da wegen des Bargeldmangels nur sehr wenig Käufer auf den Markt kommen. — Auf dem Buttermarkt haben sich die Detailpreise um 20 bis 50 Groschen pro Kilogramm ermäßigt. Die Kaufleute bestärken eine härtere Preislenkung im Großhandel. Man merkt eine härtere Zufuhr nach der Stadt. Es wird viel Butter aus Pommern und Polen angeboten, da die Ausfuhr nach Deutschland infolge des Preisanstiegs bedeutend zurückgegangen ist. Man erwartet in diesem Zusammenhang eine Senkung der Großhandelspreise auch in Polen.

Danziger Getreidebörse vom 27. Februar. (Nichtamtlich.) Weizen 128/130 Pfd. rubia, 13,50—13,62%, Roggen 118 Pfd. rubia, 7,90 bis 7,95, Futtergerste rubia, 7,85—8,15, Braugerste 8,25—8,50, Hafer 8,00—8,50, Erbsen kleine 10,00, Bittererbsen 15,00—16,00, Roggenkleie 5,75, Weizenkleie 6,60, Weizenale 7,25 per 50 Kilogr. frei Danzig, 60proz. Roggenmehl 25,75 Gld., Weizenmehl 000 alt, mit 25proz. Auslandsweizen 48,00 Gld., Weizenmehl 000 aus neuem Inlandsweizen 42,00 Gulden per 100 Kilogr.

Berliner Produktenbericht vom 27. Februar. Umtliche Produktennotierungen per 1000 kg ab Station. Weizen märk. 248—252, Lieferung März 264, Mai 269—268,50, Juli 274—273, Tendenz fest. Roggen märk. 142—147, pomm. 140—144, Lieferung März 158—156, Mai 171—170, Juli 170—169, matt. Sommergerste 163—167, Winter- und Futtergerste 136—150, schwach. Hafer märk. 152—162, Lieferung März 166, behauptet.

Weizenmehl für 100 kg 32,25—35,75, behauptet. Roggenmehl 21—23, behauptet. Weizenkleie 9,90—10,00, Roggenkleie 8,85—9,00. Für 100 kg. in Mark ab Verladestationen: Bittererbsen 26—33,00, kleine Erbsen 23—25, Futtererbsen 20—22, Beluchsen 20,00—21,50, Aderbohnen 20,00—21,00, Widen 23,00—25,00, bl. Lupinen 11,75—12,50, gelbe Lupinen 13,75—14,50, Geradella, neue 25,00—27,00, Rapstuchen 14,00—14,50, Leinfachsen 19,50—19,90, Trockenkamel prompt 8,20—8,50, Sojabohnen 18,80—19,00, Kartoffelflocken 14,40—14,60.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 26. Februar. Preis für 100 kg in Gold-Mark. Hüttenrohstahl (fr. Vertheil) 72,00—73,00, Remalted Plattingstahl 66,00—67,00, Original-Alum. (98—99%), in Bienen Wals- oder Drahtb. 2,35—2,40, do. in Wals- oder Drahtb. (99%), 2,40—2,50, Hüttenzinn (mindestens 99%) — Reinindol (98—99%), 3,40—3,50, Antimon (Regulus) 1,75—1,80, Silber i. Barr. f. 1 kg 900 fein 91,75—92,75.

Holzmarkt.

Börsenbericht der Holz Börse an Bromberg vom 25. Februar. Nachfrage: Engl. Bohlen, Fichte und Tanne, u/s., L 9,10, — per Stb. waggonsfrei Danzig; dieselben in Riefer u/s., L 9, — w. o.; dieselben 4. Klasse L 7, — w. o.; Fie. Grubenstempel, 3/8 " x 9" und 2 1/2 " und 6 1/2 ", Schilling 12, — per Fie. meter, oder Schilling 8,6 per Raummeter waggonsfrei Danzig; Eigentümige für Zündholzfabrikation, Kopf- & von 25 Zentimeter aufw., L. von 2,20 Meter aufw., Schilling 22, — waggonsfrei Verladestation; Eigentümige für Binderzwecke, Kopf- & von 25 Zentimeter aufw., Dollar 5, — waggonsfrei Verladestation. — Angebote: Erlensperplatten, 3 und 4 Millimeter, 138 x 118 Zentimeter, 1. Klasse L 12, —, 2. Klasse L 10,10, —, 3. Klasse L 7,5, —, 4. Klasse L 7,5, — per m² waggonsfrei Verladestation Kozanica; ca. 300 Fie. meter Journerle, Kopf- & 25 Zentimeter aufw., D. & 34/35 Zentimeter Mitte, Schilling 25, — per m² waggonsfrei Verladestation Frachtparität Klowan; ca. 100 Fie. meter Pappelstammblöcke für Journerzwecke, Kopf- & von 40 Zentimeter aufw., L. von 3 Meter aufw., L 4, — waggonsfrei deutsch-polnische Grenze; Fie. schenktmaterial, 21, 28, 78 Millimeter, trocken, Mf. 130, — per m³ waggonsfrei Stettisch, beiderseits verholzt; Fie. Grubenholz, nach Käufer's Fie. L. 13,50 waggonsfrei Verladestation Frachtparität Klowan. — Gesucht: 1. ca. 20 000 Fie. meter Fie. Rangholz, Kopf- & von 20 Zentimeter aufw.; 2. Fie. Telegraphenstangen, weiß gefächelt; 3. fichtenes Schleifholz frischer Fällung; 4. rotbuche Bohlen, 2" — 4" stark, trocken.

Wasserstands Nachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 27. Februar in Krakau — 1,07 (0,73), Zawichost + 2,33 (2,33), Warschau + 2,16 (1,91), Ploet + 1,93 (1,91), Thorn + 2,31 (2,24), Gordon + 2,34 (2,27), Culm + 2,27 (2,18), Graudenz + 2,50 (2,40), Ruzgobrat + 2,88 (2,75), Montau — 2,27 (2,13), Biebel + 2,33 (2,22), Dirschau + 2,34 (2,18), Einlage + 2,00 (2,14), Schiemenhorst + 2,18 (2,22) Meter. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Rief., Eich., Birt., Rotbuch.

Bretter und Bohlen eichene Speichen

geben ab zu herabgesetzten Preisen

Menfor & Uvellis,

Sowinskiego 12/14

Sowinskiego 12/14.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf dasselbe beziehen zu wollen.

